Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern. | Leipzig, den 15. Mai 1919 | Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt. | Nr. 53

Aus dem Geschäftsbericht des Tarifamts

Unter den tariflichen Betrachtungen in der vorigen Nummer ist der Jahresbericht über unsre Tarifgemeinschaft für 1918 einmal kurz, aber mit der ihm durchaus gebührenden Anerkennung erwähnt worden. Wir hatten jedoch die Absicht, unbeschadet des in Nr. 44 beim Erscheinen und später wieder betonten Erfordernisses der eignen Beschaffung des Geschäftsberichts — weil sein Umfang den sonst üblich gewesenen Abdruck verbietet —, einige Erwähnungen und auch ein paar Zitierungen zu bringen. Die Raumnot zwingt aber die Redaktion zu so manchem Verzicht. Es soll in dieser Nummer das Gewollte nun in beschränktem Maße nachgeholt werden.

Das Tarifamt meint einleitend und leider mit Recht, die gewerblichen und auch die tariflichen Zustände seien heute weniger gefestigt und geordnet als während der Kriegszeit. Dann heißt es im weitern:

Dazu kommen dauernde erhebliche Lohnveränderungen, mit denen die für Herstellung von Drucksachen zu erzielenden Preise nicht Schritt halten können, vor allem aber ein Zurückhalten von Druckaufträgen zur Folge haben und eine zutreffende Kalkulation zu übernehmender Druckaufträge nicht mehr ermöglichen. Das führt zu unhaltbaren Zuständen und verhindert das Aufleben zu neuer umfassender Tätigkeit, worunter beide gewerbliche Parteien letzten Endes schwer zu Schaden kommen müssen. Und nach keiner Richtung hin ein Ausblick auf eine bessere Zeit!

Daß die beträchtlich gestiegenen Druckpreise die Auftragerteilung nicht fördern, sie vielmehr ungünstig beeinflussen und auf die Arbeitslosigkeit übel zurückwirken, ist wohl richtig und im „Korr." auch schon betont, aber die sehr hohen Papierkosten tun ein erkleckliches Übrige dazu. Über die Notwendigkeit weiterer Lohnveränderungen kommen wir jedoch nicht hinweg, so lange die Verteuerung der Lebensführung in allem unaufhaltsam weiterschreitet.

Aus dem Schlußkapitel heben wir zunächst eine Stelle hervor, die erkennen läßt, daß auch das Tarifamt überzeugt ist von der Notwendigkeit einer günstigeren Stellung der Gehilfenschaft:

Es ist Aufgabe aller Stellen, die es mit dem Aufstiege der Arbeiterschaft zu einer besseren Zukunft ernst meinen, und nicht zuletzt Aufgabe des werktätigen Volkes selbst, für die soziale Hebung des Arbeiterstandes diejenigen Wege zu beschreiten, die am sichersten zum Ziele führen. Dieser Weg kann unsres Erachtens beispielsweise in unserm Gewerbe nicht über die Tarifgemeinschaft und die Organisationen hinwegführen, sondern nur durch dieselben hindurch. Der in der Tarifgemeinschaft fest verwurzelte Grundsatz, daß diese der Ausdruck dafür ist, was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen der Gewerbsangehörigen im Deutschen Reich allgemein als gerecht und billig festzuhalten ist, wird den fruchtbarsten Boden für die Verpflanzung neuer Ideen und für die Gewinnung sozialer Werte geben, die das Leben auch für den Gehilfen und Arbeiter für die Zukunft lebenswerter gestalten kann.

Dann wird in einer pessimistischen Anwandlung etwas gesagt, was schon durch den in voriger Nummer gegebenen Überblick über die Diskussion im „Korr." entkräftet ist, und schließlich dringt der Optimismus wieder durch bei einem Hinblick auf die neuen Aufgaben unsrer Tarifgemeinschaft:

Ganz offen soll erklärt werden, daß in den jüngsten Tagen — und in der nächsten Zeit vielleicht noch mehr — unter den Tarifparteien der Gedanke laut geworden ist, daß der Tarif nur noch ein Fetzen Papier und die Tarifgemeinschaft eine überlebte Einrichtung sei. Wir glauben nicht, daß die Mehrheit unsrer Berufsgenossen dieser Auffassung wird beitreten wollen, aber wir möchten doch davor warnen, aus der allgemeinen Unzufriedenheit heraus sich an die Zertrümmerung einer Einrichtung zu machen, die bisher auch im Interesse der Arbeiterschaft gelegen war.

Selbstverständlich muß die Tarifgemeinschaft ihre Aufgaben und Ziele der neuen Zeit anpassen, muß ihre Organisation nach berechtigten und erfüllbaren Wünschen der neuen Wirtschaftsordnung umstellen, und muß vor allem dafür sorgen, daß der Gehilfenschaft eine dem Gewerbe und damit auch der Arbeiterschaft dienliche Einflußnahme auf die Gestaltung aller das Gewerbe betreffenden Angelegenheiten eingeräumt wird, wodurch sich die Hebung des Gehilfenstandes in jeder Beziehung von selbst ergeben wird. Dazu aber ist nötig, daß wir nicht einreißen, sondern unsern alten, im gegenseitigen Vertrauen festgefügten Bau, unsre Tarifgemeinschaft, umbauen, sie dem modernen Zeitgeist anpassen und in dieselbe überall viel Licht und Sonne: die rechtzeitige Erkenntnis von einer andern Zeit und die wärmenden Strahlen einer neuen und tiefgehenden Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hineinfluten lassen! Damit sollte die Sozialisierung in unserm Gewerbe beginnen!

Man wird als feste Hoffnung aufstellen können, daß der Tarifausschuß sich in diesen Tagen dem schönen Bekenntnisse des Tarifamts im letzten Absatz ohne bängliches Schwanken anschließt und sich zweckbewußt als Wegebahner betätigt. Aber wir erwarten zuversichtlich vom Tarifausschuß auch sonst herzhaftes Mitgehen in den Fragen, die das Tarifamt sachkundig hervorhebt. Möchte eine gute Buchdruckerwoche verzeichnet werden können!

Jubiläum des Vereins Deutscher Zeitungsverleger

Am 7. Mai 1919 beging der Verein Deutscher Zeitungsverleger sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Die Gründung dieses Vereins, der vorher seine Interessen durch den Deutschen Buchdruckerverein mitvertreten ließ, erfolgte am 7. Mai 1894, und zwar vorwiegend aus Gründen politischer Natur. Anfänglich handelte es sich nicht um die Vertretung des Zeitungsgewerbes, sondern vielmehr um den Sammelruf einer besonderen Gruppe von Zeitungen, um einen Kampf der alten, eingesessenen deutschen Zeitungspresse gegen die neu aufkommenden billigen Anzeigenblätter, die durch Schmutzkonkurrenz den alten Zeitungen das Dasein erschwerten. Erst später, nachdem dieser Kampf zu einem gewissen Abschlusse gelangt war, wurde auch den Blättern der Anzeigenpresse der Beitritt gestattet. Während die Begründung durch 16 Zeitungsverleger zustande kam, ist die Mitgliederzahl des Vereins gegenwärtig auf mehr als 1600 gestiegen.

Die Zeitungsverlegerorganisation stellte sich vor allem die Aufgabe, das Vertrauen in die Unbestechlichkeit des redaktionellen Teils der Zeitungen zu erhalten sowie den Anzeigenteil der angeschlossenen Zeitungen von Schmutz- und Schwindelinseraten zu befreien. Der im Jahre 1906 auftauchende Gedanke einer Anzeigensteuer wurde von der Organisation als sozial ungesund, ungerecht und die Existenz der Presse bedrohend energisch abgewehrt. Während des Krieges verhütete der Verein den Aufkauf des Papiers durch einzelne; die Sicherstellung des Papierbezugs für alle Zeitungen, die Sicherung der Papierherstellung und schließlich die Regelung der Papierpreise sind zum großen Teil auf die Initiative der Organisation der Zeitungsverleger zurückzuführen. Auch die Erzielung des Reichs- und Staatszuschusses an die Zeitungspresse, die den deutschen Zeitungsverlegern insgesamt 65 Mill. Mk. ersparte, muß man als einen Erfolg des Deutschen Zeitungsverlegervereins bezeichnen.

In Anbetracht der gegenwärtigen schweren Zeit hat man von jedweder Festlichkeit anläßlich des fünfundzwanzigjährigen Bestehens Abstand genommen und sich entschlossen, das Gedächtnis dieses Jubiläums im Rahmen der nächsten Hauptversammlung durch Erstattung eines Berichts über Erreichtes und Erstrebtes sowie durch Herausgabe einer Vereinsgeschichte in geschäftsmäßig ernster Weise zu begehen. Einstweilen hat sich der Vorstand des Deutschen Zeitungsverlegervereins damit begnügt, ein vierseitiges Werberundschreiben an die Mitglieder zu versenden, in welchem mit kurzen Strichen auf die bisherige Tätigkeit der Organisation hingewiesen wird und auf dessen letzter Seite eine Aufforderung an die Mitglieder enthalten ist, ihre Dankbarkeit dem Vereine gegenüber durch eine Spende zu seinem Jubiläumsfonds zu beweisen. Das Rundschreiben ist sehr sauber hergestellt, man kann behaupten, drucktechnisch hervorragend. Die Zeichnung zum Titelblatt lieferte nach Anregungen aus der Druckerei der „Danziger Neuesten Nachrichten" der Graphiker Georg Wagner in Berlin, den Druck besorgte die Firma A. W. Kafemann, G. m. b. H., in Danzig.

Die Zeitungsverlegerorganisation wurde am 7. Mai auf einer Tagung in Leipzig gegründet; 15 Zeitungen waren dabei vertreten. Vorsitzende waren Dr. Hirth (München), Alexander Faber (Magdeburg), Dr. Max Jänecke (Hannover), Dr. Robert Faber (Magdeburg). Die Mra Jänecke ist der Gehilfenschaft im allgemeinen und durch die Tarifverhandlungen von 1911 erst recht nicht in guter Erinnerung. Der „Zeitungsverlag" erscheint im 20. Jahre als offizielle Wochenschrift.

Das Buchgewerbe im Auslande

Hinausschiebung des internationalen Buchdruckerkongresses. Die Sekretariatskommission in Stuttgart hat jetzt beschlossen, den angegliederten Organisationen zu empfehlen, mit der Abhaltung des siebenten Kongresses erst im Herbst d. J. einverstanden zu sein. Ob dann wieder Amsterdam als Abhaltungsort in Betracht kommen soll, wie es für die Tagung im Mai vorgesehen war, ist offen gelassen. Aus den die Sekretariatskommission für die Verschiebung bewegenden Gründen seien erwähnt: politische Unruhen in einigen Ländern, Verkehrs-, Ernährungs- und Valutahemmnisse, Umbildungen in den Organisationen durch eintretende Grenzverschiebungen, Unsicherheit über den Termin des internationalen Gewerkschaftskongresses, mit dem der Buchdruckerkongreß zeitliche Verbindung erhalten sollte. Dann hat der belgische Verband mitgeteilt, im Frühjahre werde seinerseits keine Beschickung erfolgen, für eine spätere Einladung werde aber neue Beschlußfassung vorbehalten. Die französische Organisation ersucht direkt um Verschiebung bis zum Herbst, weil sie zunächst einen Landeskongreß abhalten müsse. Die Gauvorsteherkonferenz des deutschen Verbandes in Berlin wird inzwischen der Empfehlung der Sekretariatskommission beigetreten sein. Eine Überstürzung wäre ja auch zwecklos.

Schweiz. Die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe hat vorübergehend eine kleine Besserung erfahren, ist aber immer noch groß genug. Während Ende Februar 474 Konditionslose gemeldet waren, sind es Ende März deren noch 397: 221 Hand- und 21 Maschinensetzer, 147 Maschinenmeister usw. Aussicht auf durchgreifende Besserung ist so gut wie nicht vorhanden. Im Gegenteil. Das Wirtschaftsleben liegt auch in der Schweiz vollständig danieder; die Teuerung hat noch nicht nachgelassen, sich in einzelnen Artikeln sogar noch verschärft. Man hat an den regierenden Stellen die Versprechungen, die man nach dem Generalstreik im November letzten Jahres der Arbeiterschaft gemacht hat, wieder vergessen. Mit dem Schneckentempo, mit dem es gegenwärtig vorwärtsgeht, kann und will sich die Arbeiterschaft nicht zufrieden geben; darüber hat der kürzlich abgehaltene Kongreß des Gewerkschaftsbundes keine Zweifel gelassen. Nach einer dort gefaßten Resolution wird der Achtstundentag für die gesamte Arbeiterschaft in kürzester Frist gefordert durch gesetzliche Festlegung. Infolgedessen werden auch die Buchdruckereiprinzipale sich in nächster Zeit mit der Frage zu befassen haben. Bereits ist in einer größeren Anzahl von Industrien die Achtundvierzigstundenwoche zugestanden worden, so u. a. in der Metallindustrie, Schokoladenindustrie.

Die Abrechnung für das Jahr 1918 ist veröffentlicht worden; sie ergibt für die Kranken-, Invaliden- und Sterbekasse kein günstiges Bild. Bei 319536 Fr. Einnahmen betragen die Ausgaben 417184 Fr., also ein Defizit von fast 100000 Fr. Daran trägt die Grippeepidemie einen großen Teil Schuld, das zeigen deutlich die Zahlen für die einzelnen Quartale: erstes Vierteljahr Einnahmen 74290 Fr., Ausgaben 74987 Fr.; zweites 80005 Fr. bzw. 73221 Fr.; drittes 81924 Fr. bezw. 112381 Fr.; viertes 83315 Fr. bzw. 156594 Fr. Die Allgemeine Kasse schneidet besser ab; hier betragen die Einnahmen 114258 Fr. und die Ausgaben 87145 Fr. Immerhin ist zu konstatieren, daß auch die zwei letzten Quartale Mindererträgnisse brachten: drittes Quartal Einnahmen 28756 Fr., Ausgaben 29533 Fr., viertes 29283 Fr. bzw. 30833 Fr. Günstig war das zweite Quartal mit vorübergehend flotter Beschäftigung, es weist an Einnahmen 28139 Fr. und an Ausgaben nur 9056 Fr. auf.

Belgien. Von allen Weststaaten hat Belgien am schwersten unter der „Mißlichkeit des Sieges" zu leiden. Nicht nur, daß es nach dem Waffenstillstand in einer überaus trostlosen Lage ist, auch seine Zukunft ist schrecklich düster. Ein Teil seiner Städte ist dem Erdboden gleich gemacht, seine Industrie nahezu vollständig zerstört oder der maschinellen Einrichtungen beraubt, so daß die Aufnahme des Betriebs einfach unmöglich ist. An diesem

Zustande kann der Trost, daß Deutschland ja alles bezahlen werde, verschwindend wenig ändern. Denn mit allem Gelde der Kriegsentschädigung sind nicht die fehlenden Behausungen, die niedergebrannten Fabriken oder weggeschafften Maschinen zu ersetzen. Viel wichtiger als Gold sind zur Zeit Rohstoffe und Lebensmittel. An beiden mangelt es dem Lande fast vollständig. Nach den amtlichen Berichten zählte Belgien Ende Februar über 740000 Arbeitslose, die mit ihren Angehörigen eine Menschenschar von 2,2 Millionen ausmachen. Das wäre ein Viertel der Gesamtbevölkerung, das von der öffentlichen Unterstützung zu leben hat. Von den 120000 Arbeitern Brüssels sind bloß 28000 ganz oder teilweise beschäftigt. Das Schlimmste ist, daß durch den Mangel an Rohstoffen und Betriebsmitteln die Aussicht auf Arbeit und Brot nur in sehr großer Ferne, wenn überhaupt winkt. Mit der Unterstützung der öffentlichen Kassen ist es unmöglich, zu leben. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt für den verheirateten Mann nur 11,20 Mk. in 14 Tagen. Für Kinder gibt es noch einen Zuschuß, der sich in dem Maße verringert, als ihre Zahl steigt. Im höchsten Falle kann der arbeitslose Verheiratete 16,80 Mk. für zwei Wochen erhalten. Da noch einige Stadtgemeinden, denen Mittel zur Verfügung stehen, Zuschüsse leisten, so erhöht sich der Satz z. B. in Brüssel auf (höchstens) 60,80 Mk. für eine Familie von vier Personen für 14 Tage, wogegen er in den finanziell schlechtest gestellten Gemeinden, und das sind die meisten, nur 20,60 Mk. beträgt.

Eine dräuende Welle der Unruhe legt auch über Belgien dahin. Streiks an allen Orten und in jedem Beruf. Es wird da zuweilen noch um Verbesserungen gerungen, die uns deutsche Arbeiter um längst verklungene Zeiten gemahnen. Verhältnismäßig günstig ist noch die Lage im Buchdruckgewerbe. Zwar sah es auch hier vor einigen Wochen so aus, als ob es zu einem Kampf auf der ganzen Linie kommen sollte. Das hat indes die bessere Einsicht der Prinzipale im letzten Augenblicke verhütet. Anfang März legte der Nationalverband der Bucharbeiter (Fédération Nationale du Livre) dem Unternehmertum eine Liste mit Forderungen vor. Die Verhandlungen scheiterten, worauf den Ortsgruppen der Rat gegeben wurde, gegen die bewilligungsunlustigen Firmen den Streik zu erklären. Das war in Gent, Lüttich, Löwen, Ostende und einigen andern Orten geschehen. Das tatkräftige Vorgehen entfachte bei den Unternehmern schnell Geneigtheit zum Verhandeln und Entgegenkommen. Am 2. April kam dann eine Abmachung für das ganze Buchgewerbe zustande, deren wesentlichste Sätze sind: Der Achtstundentag wird in ganz Belgien eingeführt, ferner ein Zuschlag für die erste (die neunte) Überstunde von 10 Cent. und ein solcher von 10 Cent. für die zweite. Hinsichtlich der Löhne werden drei Klassen geschaffen: nämlich Brüssel, wo der Stundensatz der Setzer 1,40 Cent. beträgt und der der andern Berufszweige um 100 Proz. erhöht wird; dann Mons, Antwerpen, Gent usw., wo der Mindestsatz 1,15 Fr. für alle Sparten beträgt; schließlich Namur, Huy, Courtrai usw., wo ein Mindestsatz von 1,10 Fr. gilt. Die Abmachung ist nun allerdings bloß für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni getroffen, wohl deswegen, weil die Arbeiter glaubten, sich nicht auf länger binden lassen zu dürfen. Wie die mit hoher Befriedigung durchwirkten Berichte der Arbeiterblätter erkennen lassen, haben die belgischen Kollegen erkleckliche Verbesserungen erzielt. Zum Schlusse sei noch gesagt, daß die Organisation des Buchgewerbes überaus glänzende Fortschritte macht; größere, als man sich je hätte träumen lassen.

Rußland. Keine Regel ohne Ausnahme, sagt das Sprichwort. Durch eine Ausnahme scheinen die Bolschewiki der Mitwelt ihre feste „Regel" grell vor Augen führen zu wollen. Sie haben es bisher geduldet, daß das von der Moskauer Buchdruckergewerkschaft herausgegebene Tageblatt „Buchdruckerzeitung" („Gazeta Petschatnika") eine gemäßigt oppositionelle Sprache führen durfte. Allerdings wurde das Blatt mehrere Male verboten, es mußte seinen Namen wiederholt ändern, doch konnte es seine aufklärende Arbeit immerhin fortsetzen. Die Zeitung, die jetzt gerüchtweise wieder dem Verbote verfiel, wurde nicht im Kampftone, sondern äußerst ruhig und sachlich redigiert. Da sie die einzige oppositionelle, d. h. weder offizielle noch offiziöse Zeitung ist, erfreut sie sich der Aufmerksamkeit weiterer Kreise, nicht nur der Berufsgenossen. Im Ärger gegen die widerspenstigen Angehörigen des Buchdruckgewerbes haben die Bolschewisten im Februar eine „rote Buchdruckergewerkschaft" in Moskau gebildet. Die bolschewistischen Blätter melden natürlich von der begeisterten Aufnahme des neuen Verbandes in Kreisen der Kollegenschaft. Zahlenmäßiges Material über die Tätigkeit der Organisationen steht uns leider nicht zur Verfügung.

Amerika. Im Titel des Organs der deutsch-amerikanischen Kollegen sind bemerkenswerte Änderungen eingetreten; jedenfalls seit Anfang d. J. „Buchdruckerzeitung" und „Offizielles Organ der Deutsch-Amerikanischen Typographia" als Unterbezeichnung, jede dieser beiden Zeilen in englischer Sprache darunter, nennt sich jetzt in aufgezwungener Anpassung an die dem Deutschtum wenig geneigten Verhältnisse die „Deutsch-amerikanische Buchdruckerzeitung".

Die Beschäftigungsgelegenheit für deutsch-amerikanische Kollegen hat sich wieder gebessert. Im Dezember wie im Januar erhielten nur je 16 Mitglieder in den 21 Typographias Arbeitslosenunterstützung.

In den Vereinigten Staaten haben die Kriegsverhältnisse auch zu fortgesetzten Lohnbewegungen geführt. Die Parole „Mehr, mehrer, am mehrsten" ist nach einem launigen Bericht aus Kleveland allgemein. Die Existenzbedingungen der Arbeiterschaft verschlechtern sich andauernd, der Unternehmerprofit erfährt aber ungewöhnliche Steigerung, so der für die Fleischbarone von 17 Millionen Dollars im Jahre 1908 auf 80 Millionen im vergangenen. Die „Buchdruckerzeitung" sagt dazu: „Da braucht man sich nicht mehr zu wundern, wenn Beefsteaks und Sirloinsteaks so teuer werden, daß sie sich die Proletarierfamilie nicht mehr gestatten kann". Die Geltungsfristen der getroffenen Vereinbarungen können auch in Amerika nicht mehr eingehalten werden, weil die Notlage sich zu schnell verschlimmert. In St. Louis wird die Verteuerung des Lebensunterhalts auf mindestens 80 Proz. bemessen. Die Bewegungen nehmen anscheinend überwiegend friedlichen Verlauf, wenn auch von Prinzipalsseite der Widerstand manchmal hartnäckig und das Bewilligte oft größere Abweichungen zeigt. In New York war im Februar der Lohn auf 151,20 Mk. angestiegen, in Chicago auf 138,60 Mark.

Strafe für sofortige Arbeitsniederlegung, d. h. ohne die Leitung der Typographia zu benachrichtigen, ist in Philadelphia mit 105 Mk. für jeden Fall eingeführt.

Die Tag- und Nachtarbeit ist auch in dem deutsch-amerikanischen Organ zu einem Streitpunkt geworden. Ein Kollege war für die Tradition eingetreten und hatte auch gleichen Lohn für das Arbeiten am Tage wie in der Nacht gefordert. Er hat aber nur Gegner mit seiner Meinung auf den Plan gerufen.

Gegen den Generalstreik, richtiger gegen Sympathiestreiks mit ganz fremden Berufsgruppen, haben sich die „verbündeten Druckgewerke" entschieden, zu denen die Organisationen der Setzer, Drucker, Stereotypeure, Photographeure und Buchbinder gehören. Der Entscheidungsfall betraf einen Ausstand in den Schiffsbauhöfen.

Über „nasse und trockene Staaten" kann man Ergötzliches in den Spalten der „Buchdruckerzeitung" lesen. Es bezieht sich das auf die zunehmende Ausbreitung des Alkoholverbots in einzelnen Bundesstaaten. Die Kollegen drüben sind nach Buchdruckerart in ihrer Mehrzahl keine Verteidiger der zwangsweisen Abstinenz.

Die nordamerikanische Presse hatte am 1. Januar 1647 Abendzeitungen und 519 Morgenblätter aufzuweisen, zusammen 2166 Tageszeitungen, die in englischer Sprache erscheinen, 503 davon haben auch eine Sonntagsausgabe. Kalifornien hat den größten Anteil an den Morgen-, Pennsylvanien an den Abendblättern. Die Gesamtauflage der 2166 Zeitungen beträgt 28625041; 18373904 entfallen auf die Abendblätter. Da im Jahre 1918 in den Vereinigten Staaten 1954 Zeitungen eingegangen und 776 neuerschienen sind, so ist ein Rückgang von 1178 zu verzeichnen.

Zeitungen in deutscher Sprache sind nur noch 327 vorhanden, es ist also eine Verringerung um 163 eingetreten.

Hermann Schlüter, der langjährige Chefredakteur der „New Yorker Volkszeitung", ist am 26. Januar an Influenza und Lungenentzündung gestorben. Schlüter war ein sehr fähiger Verkünder des Sozialismus und ein hervorragender Streiter für die internationale Arbeiterbewegung.

Südafrika. Nach der Dezembernummer des Organs unsrer dortigen Kollegen muß die Freude über den Waffenstillstand im graphischen Gewerbe sich — na, sagen wir einmal — ganz buchdruckermäßig geäußert haben. Nach altem Brauche wurde wieder einmal die „Anfeuchtung des Steines" in den Druckereien vorgenommen, aber so kräftig, daß am andern Morgen auch mancher Waffenstillstand mit der Arbeit geschlossen werden mußte.

Papiernot und Papierverteuerung

Weitere Einschränkung des Zeitungsumfanges?

Die Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation in Aschaffenburg versandte vor einigen Tagen ein Rundschreiben an ihre Kundschaft, welches vom Reichsausschusse für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung im „Zeitungsverlag" veröffentlicht und in welchem seitens des genannten Unternehmens darauf hingewiesen wird, daß die Produktion wegen Kohlenmangels erheblich eingeschränkt werden mußte, und daß, da die Produktion in erster Linie für die Herstellung von Druckpapier zu verwenden ist, die Lieferung an diejenigen Abnehmer, die nicht Druckpapiererzeuger sind, erheblich zurückgegangen sei. Da trotzdem seitens der genannten Gesellschaft das von der Reichsstelle für Papierholz verlangte Quantum nicht voll herausgebracht werden konnte, sei ihr mit der Beschlagnahme der gesamten Holzbestände gedroht worden.

Bei der Gelegenheit wird in dem Rundschreiben die Frage aufgeworfen, ob es denn unbedingt notwendig sei, bei dem Sinken der Zellstoffproduktion auf etwa ein Viertel der Friedensproduktion unter allen Umständen die Erzeugung von Zeitungsdruckpapier in der bisherigen Weise zu bevorzugen. Nach der Ansicht der Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation müßten die Reichsgesetze und die Verfügung, welche die Sicherstellung des Zeitungspapiers bezwecken, sofort einer gründlichen Revision unterzogen werden, damit die übrige Papiererzeugung nicht zugrunde gerichtet wird. Der „Zeitungsverlag" protestiert in schärfster Form gegen den Versuch, das an sich schon geringe Quantum Papier im rein privatwirtschaftlichen Interesse andrer Papiererzeuger den Zeitungen zu kürzen. In einer Zeit, in der die Nachfrage nach Zeitungen größer sei als je, in der der Inseratenteil der Zeitungen die ersten Lebensregungen unsres neu erwachenden Wirtschaftslebens zeigte, dürfe unter keinen Umständen eine weitere Umfangseinschränkung eintreten. Das öffentliche Interesse sei heute stärker als je an das Erscheinen der Zeitungen gebunden. Die übrigen Papiersorten würden mit wenigen Ausnahmen gar nicht in Frage kommen.

Auch wir stehen auf dem Standpunkte, daß es einfach unmöglich ist, die Zeitungsdruckproduktion noch mehr einzuschränken und damit eine weitere Schädigung der Presse herbeizuführen.

*

Keine Aufhebung der Papierkontingentierung

Wiederholt ist in letzter Zeit die Meldung verbreitet worden — der Wunsch einiger großindustrieller Betriebe scheint der Vater des Gedankens zu sein —, daß die Kontingentierung von Zeitungsdruckpapier und Papier für Bücher und Zeitschriften vom 1. Juli ab aufgehoben werden solle. Nachdem schon vor einiger Zeit seitens der Regierung die bestimmte Erklärung abgegeben wurde, daß vorläufig daran nicht zu denken sei, wird auch jetzt wieder von maßgebender Seite erklärt, daß Beschlüsse in dieser Angelegenheit gar nicht gefaßt worden sind.

Korrespondenzen

Berlin. (Brandenburgischer Maschinensetzerverein.) In der Versammlung am 6. April begrüßte Kollege Braun zunächst die noch zurückgekehrten Kriegsteilnehmer. Der vom Kassierer gegebene Kassenbericht über das abgelaufene Vierteljahr schließt ab mit einer Einnahme von 795,25 Mk. und einer Ausgabe von 1629,16 Mk. Das Ableben der Kollegen Fritz Zillmann, Eduard Eichler und Georg Hirtz ehrte man in üblicher Weise. Letztere beiden gehörten früher längere Zeit unserm Verein an. Hierauf kam Kollege Braun kurz auf die letzte Tarifausschußsitzung zurück. Er als Teilnehmer meinte, daß das, was erreicht wurde, einigermaßen befriedige. Dem Zuge der Zeit folgend, habe man aber bereits neue Forderungen aufgestellt, namentlich auch in Berlin. Es herrsche zwar große Mißstimmung. Falsch sei es aber, wenn man den Instanzenweg nicht einschlüge. Den veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen werde sich auch das Tarifamt anpassen müssen. Um die technischen Kenntnisse zu erweitern, finden in der nächsten Zeit praktische Kurse für Anfänger statt, zu denen sich über 90 Linotypesetzer meldeten. Des weiteren stimmte die Versammlung einem Antrage des Vorstandes zu, wonach der Vorsitzende, der in Wechselschicht arbeitet, künftig nur am Tage arbeiten soll. Der verloren gehende Nachtzuschlag wird zum größten Teil aus der Vereinskasse entschädigt. Hierauf diskutierte man über die Herstellung von Zeitungen am Sonntagabend. Sämtliche Redner befürworteten, in die Agitation gegen die Sonntagsarbeit mit allem Nachdruck einzutreten. Alsdann wurden die Vorschläge der Vergnügungskommission zum Beschluß erhoben bzw. zur Kenntnis genommen. Zur Aufnahme meldeten sich 13 Kollegen. Anschließend fanden technische Vorträge für alle drei Systeme statt.

M. Düsseldorf. (Situationsbericht.) Am 30. März traten wir gemäß eines Versammlungsbeschlusses an die hiesigen Prinzipale mit einer Lohnforderung heran, dem sich auch die Buchbinder, Steindrucker und Hilfsarbeiter anschlossen. Nach langwierigen Verhandlungen wollten die Prinzipale 12 Mk. wöchentliche Teuerungszulage bewilligen. Dies wurde von der Versammlung am 3. April als zu gering abgelehnt und der Vorstand beauftragt, neue Verhandlungen einzuleiten, um eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Zulage zu erlangen. Doch lehnten die Prinzipale jedes weitere Verhandeln über diesen Satz hinaus ab. Eine darauf am 7. April einberufene Versammlung zog nun aus diesem halsstarrigen Verhalten der Prinzipale die Konsequenzen und beschloß den sofortigen Ausstand. Durch ein Flugblatt wurde die Öffentlichkeit von den niedrigen Löhnen im graphischen Gewerbe unterrichtet, was uns die Sympathie sicherte. Erst nach einigen Tagen kamen durch Vermittlung der Behörden, welch letztere wegen des zur selbigen Zeit ausgebrochenen Generalstreiks und durch den verhängten Belagerungszustand sich in einer Lage befanden, die durch das Fehlen jeder Zeitung noch prekärer wurde, Verhandlungen zustande, welche zu dem Ergebnisse führten, daß den Buchdruckern, Buchbindern, Lithographen und Steindruckern eine wöchentliche Teuerungszulage von 18 Mk. sowie eine einmalige „Sonderzulage" von 30 Mk. gewährt wurde. Das Hilfspersonal erhielt entsprechend geringere Zulagen. Die Zulagen gelten ab 1. April auf die Dauer von 13 Wochen und sollen bei eventuell vom Tarifausschusse neu festzusetzenden Teuerungszulagen angerechnet werden. In der Ferienfrage wollte man keine Zugeständnisse machen, da man dieses dem Tarifausschuß überlassen wollte. Eine Versammlung am 12. April nahm zu diesem Angebote Stellung. Sie bedauerte das geringe Entgegenkommen der Prinzipale, erklärte sich aber unter den gegebenen Verhältnissen mit dem Resultat einverstanden, und so wurde denn am Montag, 14. April, die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Versammlung am 25. April beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Stellung von Anträgen zur Tarifausschußsitzung. Es wurde eine gründliche, der neuen Zeit entsprechende Reform des Tarifs verlangt und die formulierten Anträge dem Gehilfenvertreter überwiesen. Neu aufgenommen wurden die Ostern Ausgelernten; eine Reihe älterer Kollegen, die zum Teil früher schon Mitglied waren, wurden wieder aufgenommen. Den invaliden Kollegen wurde das Taschengeld von 3 auf 10 Mk. monatlich erhöht. Die seinerzeit eingeführte Extraortsunterstützung von 5 Mk. wöchentlich an Arbeitslose wird wegen Erschöpfung der Ortskasse in

Zukunft nur noch den ausgelernten und nichtbezugsberechtigten arbeitslosen Kollegen gewährt. Des weiteren wurde beschlossen, das Johannisfest in diesem Jahre durch ein Saalfest zu begehen.

-ch. Halle a. d. S. (**Vierteljahrsbericht.**) Nach Rückkehr des größten Teiles der feldgrauen Kollegen wurde in der Januarversammlung die Vorstandswahl vorgenommen. Bis auf den Kassierer wurde der gesamte Vorstand neugewählt. Der vor dem Krieg amtierende Schriftführer übernahm wieder sein Amt. Durch den Vortrag des Gehilfenvertreters König über „Die Lage im Gewerbe" sollte den Zurückgekehrten ein Überblick gegeben werden, in welcher Weise die Zurückgebliebenen gearbeitet haben, um auch im Interesse der zum Heer eingezogenen Kollegen geordnete Verhältnisse im Berufe zu erhalten. — Die Februarversammlung beschäftigte sich kurz mit der Sitzung des Tarifausschusses und faßte eine entsprechende Resolution, die den Gehilfenvertreter ersuchte, in Anbetracht der so riesig verteuerten Lebenshaltung keinen Pfennig von der festgesetzten Teuerungszulage abzulassen. Gelegentlich der Wahl von zwei Delegierten zum Gewerkschaftskartell wurde von Mitgliedern der U. S. P. der Antrag gestellt, die Beiträge zu sperren und die Delegierten zurückzuhalten, bis der Arbeitersekretär Kleeis, ein Führer der Mehrheitssozialisten am Orte, von seinem Posten entfernt sei. Da die Versammlung wegen Gassperre nur beschränkte Verhandlungszeit hatte, wurde die Verhandlung auf eine spätere Versammlung vertagt. — Eine zweite Versammlung im Februar war nötig, um den Bericht des Gehilfenvertreters über die Tarifausschußsitzung entgegenzunehmen. Wenn die Mitglieder durch das Erreichte nun auch nicht „wunschlos glücklich" wurden, so kam doch nach den Ausführungen des Kollegen König in einer kurzen Debatte die Meinung zum Ausdrucke, daß die Gehilfenvertreter voll und ganz ihren Mann gestanden hätten. Es kam zum Ausdrucke, daß die Kollegen das Vertrauen zu ihren Führern haben, daß diese auch fernerhin die Interessen der Kollegen in jeder Beziehung wahrnehmen werden. An diesem Vertrauen konnte auch der Versuch von seiten der U. S. P., Stimmung gegen die Gewerkschaftsführer zu machen, nichts ändern. Bei andern Gewerkschaften am Orte hatten diese Bemühungen mehr Erfolg. — Eines der wichtigsten Ereignisse in unserm Vereinsleben war der mitteldeutsche Generalstreik, dessen geistiges Zentrum Halle war und von dessen unheilvollen Wirkungen wir ein vollgerüttelt Maß zu kosten bekamen. Nachdem die früher so reichstreuen Bergleute im mitteldeutschen Kohlenrevier jetzt glücklich in das radikale Fahrwasser angelangt sind, hatten sie es für ihre vornehmste Aufgabe, durch fortgesetzte Streiks an der Zerstörung des deutschen Wirtschaftslebens mitzuhelfen. Sie waren auch die Veranlasser des Generalstreiks. Die Verhandlungen mit der Regierung wegen Anerkennung der Betriebsräte und der Sozialisierung der Betriebe gingen ihnen zu langsam, und um dem nachzuhelfen, wurde der Generalstreik proklamiert. Die Eisenbahner bekundeten ihre Sympathie durch Anschluß an den Ausstand, und daraufhin stand der Eisenbahnverkehr bald gänzlich still; nun folgten die Metallarbeiter und die Holzarbeiter. Der Streik hatte schon einen gewaltigen Umfang angenommen, als eine Sitzung des großen Arbeiterrats unter Zuziehung der Gewerkschaftsvorstände zum 25. Februar einberufen wurde. Den Versammelten wurde lediglich mitgeteilt, daß der Generalstreik zur Tatsache geworden sei und sie nur eingeladen seien, um an dessen Durchführung mitzuhelfen, da auch die kleinsten Betriebe die Arbeit ruhen lassen müßten. Uns Buchdruckern ging diese geringschätzige Beiseiteschiebung der Gewerkschaften und der bezeigte Mangel jeder Demokratie denn doch über die Kutschnur. Kollege König unternahm das Wagnis, hiergegen zu protestieren, und wollte gern erfahren, wer denn eigentlich den Generalstreik beschlossen habe. Da auf letztere Anfrage keine Antwort erfolgte, wurde selbige nochmals schriftlich gestellt. Nun kam eine Antwort. Ein langer, mit ironischen Bemerkungen für die Fragesteller gespickter Wortschwall, der aber keinerlei neue Momente aufwies. Bei der Abstimmung waren es dann auch nur die Buchdrucker, die gegen die Anwendung dieser so scharfen, aber auch zweischneidigen Waffe stimmten. Der Aktionsausschuß für den Generalstreik wurde aus allen Gewerkschaften zusammengestellt. Von unsrer Seite wurden die Kollegen Mangelsdorf und Eltzsch hineingewählt. Hier wurde nochmals die Stellungnahme der Buchdrucker erörtert. Wir fanden ein Entgegenkommen, indem für unser Gewerbe der Mittwoch noch als Arbeitstag angesehen wurde, bis dahin durften auch noch alle Zeitungen erscheinen. Dann aber sollte der Generalstreik, der eigentlich schon am Sonnabend begonnen hatte, für das Buchdruckgewerbe volle Gültigkeit haben und rücksichslos durchgeführt werden. Bei eventueller Weigerung wurde mit Demonstrationen und als letzter Behelf mit Stillegung des Gas- und Elektrizitätswerkes gedroht, um so durch Entzug jeglichen Stromes die Arbeitsruhe zu erzwingen. Im Interesse der Betriebseinrichtungen, der Gesundheit der Kollegen sowie der Allgemeinheit blieb uns nun nichts andres übrig, als die Arbeit am Donnerstag früh ruhen zu lassen. Am Donnerstag früh 8 Uhr befahle sich eine vom Vorsitzenden einberufene allgemeine Buchdruckerversammlung mit der Stellungnahme zu der geschaffenen Lage. Nach Erstattung des Berichts durch den Kollegen Mangelsdorf nahmen die fast vollzählig versammelten Halleschen Buchdrucker gegen 14 Stimmen eine Entschließung an, worin sie die Notwendigkeit eines Generalstreiks zur Zeit nicht anerkennen, sich jedoch bereit erklären, jederzeit, wenn die Früchte der Novemberrevolution gefährdet sein sollten, ausnahmslos für die Sicherung derselben einzutreten. Sie protestierten weiter gegen die am Mittwoch rücksichslos erfolgte Vorzensur sämtlicher hiesiger Zeitungen, natürlich mit Ausnahme des radikalen „Volksblattes". Dann wurde noch Kenntnis genommen, daß auch das „Volksblatt" während der Streikzeit nicht erscheinen würde, sondern nur ein „Mitteilungsblatt für die Streikleitung". Später stellte sich heraus, daß dies das „Volksblatt" unter einem andern Titel und ohne Geschäftsanzeigen war, denn es wurde den Abonnenten ins Haus gebracht und im Straßenhandel für 10 Pf. verkauft. Weiter beschloß die Versammlung, täglich zusammenzukommen, um stets über die Lage orientiert zu sein. In der zweiten Zusammenkunft lag ein von Gehilfenseite angebahntes Entschädigungsangebot der Prinzipale vor: 25 Proz. und nur für drei Streiktage! Das war den Gehilfen nicht weitgehend genug, und der Vorsitzende wurde beauftragt, die Prinzipale um eine höhere Entschädigungsquote zu ersuchen. Da Kollege Mangelsdorf durch die Wahrnehmung der Gehilfeninteressen und durch die infolge des Bürgerstreiks enorm angewachsene Tätigkeit als Aktionsausschußmitglied stark überlastet war, wählte eine spätere Zusammenkunft zu seiner Unterstützung als Verhandlungskommission mit den Prinzipalen die Kollegen Gabriel und Richter. Diese Kommission, der eine ebenfalls dreigliedrige der Prinzipale gegenüberstand, kam nach Beendigung des für die Buchdrucker fünftägigen Streiks zu folgenden Beschlüssen, die für Gehilfen und Prinzipale verbindlich waren: 1. Für die fünf Tage, an denen die Arbeit aus Anlaß des Streiks geruht hat, werden 50 Proz. des Gesamtlohns gezahlt. 2. Gehilfen, die aus der klar ersichtlichen Absicht heraus, sich am Streik aktiv beteiligen zu wollen, am Mittwoch nicht zur Arbeit erscheinen, erhalten diese Vergütung nicht. 3. Der Mittwoch ist voll zu entschädigen, auch wenn wegen Mangel an Strom die Arbeit nicht voll aufgenommen werden konnte. 4. Prinzipalen, die es in pekuniärer Hinsicht sich leisten können, soll es unbenommen sein, eine höhere Vergütung zur Auszahlung zu bringen. 5. Diese Vereinbarung soll keinen Präzedenzfall für die Zukunft schaffen. Hierzu ist zu bemerken, daß nach Sicherung der Lage die Arbeit von den Buchdruckern vor der offiziellen Beendigung des Generalstreiks, die am Freitag erfolgte, bereits am Mittwoch aufgenommen wurde. An diesem Tage war auch der Streik im Elektrizitätswerke, der mit dem Einzuge der Regierungstruppen eingesetzt hatte, beendet. Mit Ausnahme einer einzigen Druckerei, ein Papiergeschäft, wo nur zwei Gehilfen in Betracht kommen bei einer Arbeiterzahl von über 100, unterwarfen sich alle Geschäfte den gefaßten Beschlüssen, teilweise gingen die Prinzipale darüber hinaus. Die Zeitungsdruckereien zahlten ausnahmslos vollen Lohn. Die Angelegenheit mit der sich weigernden Firma, welche ihre Weigerung mit den sich eventuell ergebenden Ansprüchen der andern Arbeiter begründet, wird demnächst geregelt werden, da unzweifelhaft das juristische und moralische Recht auf seiten der betreffenden Kollegen ist. Die Zusammenkünfte während der Streikzeit waren stets sehr zahlreich besucht. — In der Märzversammlung kam nunmehr der Antrag, das Gewerkschaftskartell betreffend, zur Sprache. Wie wohl allgemein bekannt ist, bildet in Halle die U. S. P. die überwiegende Mehrheit, und dieses Verhältnis kömmt natürlich auch im Gewerkschaftskartell zum Ausdruck. Der „Angestellte" Kleeis erlaubt sich nun, andrer Meinung zu sein als seine Arbeitgeber und nimmt das Recht der freien Meinung so weit in Anspruch, daß er ein Führer der Mehrheitssozialisten am Platz ist. Diese seine Meinungsäußerung wird ihm wohl seine Stelle kosten. Unsre Ortsversammlung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir Buchdrucker gegen ein solches Verfahren den schärfsten Protest erheben, genau so, wie wir dies getan haben, wenn früher von bürgerlicher Seite bei politischer Betätigung den Arbeitern Schädigungen drohten. Und daß es hier bloß um die politische Stellung von Kleeis sich handelt, beweist die Tatsache, daß gegen seine Geschäftsführung als Arbeitersekretär keine Beschwerden vorliegen. Die eingereichte Resolution betreffend Zurückziehung der Delegierten und Beitragssperre wurde schließlich fast einstimmig abgelehnt. (Eine solche umfangreiche Berichterstattung kann nicht wieder zugelassen werden. Man berichte doch lieber kurz über jede einzelne Versammlung; wenn ein Ausnahmefall vorliegt, geht es dann noch eher zu machen. Red.)

Hanau. Am 31. März fand hier eine äußerst stark besuchte **Versammlung** statt, die Stellung nahm zu den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen und den bestehenden Lohnsätzen. Alle Redner waren darin einig, daß gegenüber der verteuerten Lebenslage eine wesentliche Erhöhung der Lohnsätze Platz greifen müßte. Die Festlegung der letzten Teuerungszulage über den 31. März hinaus sei ein Fehler bei der letzten Tarifausschußsitzung gewesen, dadurch seien wir aufs neue bis Ende August gebunden. Das dürfe uns aber nicht abhalten, angesichts der schweren Zeit, die uns bis zur nächsten Ernte noch bevorsteht, laut den Ruf nach Neuregelung der Lohnverhältnisse erschallen zu lassen. Es lag ein Antrag vor, den Prinzipalen folgende Forderung zu stellen: Der Lohn für Hanau beträgt im ersten Gehilfenjahre 74,75 Mk., bis zu 21 Jahren 82,80 Mk., bis zu 24 Jahren 92 Mk., über 24 Jahre 103,50 Mk. Wird die Forderung nicht bewilligt, wäre letzten Endes in den Streik zu treten. Vom Vorstandstische wurde die mißliche Lage der Gehilfenschaft in jeder Beziehung anerkannt, ebenso aber auch mit vollem Ernst auf die Unangebrachtheit des vorgeschlagenen Weges hingewiesen und von dessen Beschreitung abgeraten. Der größte Teil der Versammelten konnte sich den vorgebrachten Argumenten nicht verschließen, und so wurde aus der Mitte der Versammlung nachfolgende Entschließung eingebracht: „Die in der ‚Stadt Bremen' versammelten Buchdrucker des Ortvereins Hanau beauftragen den Verbandsvorstand, unverzüglich Schritte zu tun, um die Lohnverhältnisse im Gewerbe neu zu regeln. Die zur Zeit bestehenden Lohnsätze reichen bei weitem nicht zur Bestreitung der verteuerten Lebensverhältnisse aus und bleiben erheblich hinter denjenigen andrer Berufe, selbst ungelernter Arbeiter, zurück. Die Buchdruckergehilfen haben während des Krieges im Interesse des Gewerbes große finanzielle Opfer gebracht, die sie aber nunmehr nicht mehr zu tragen gewillt sind. Der Mindestlohn muß in der höchsten Klasse 90 Mk. ohne Lokalzuschlag betragen, für Hanau (15 Proz. Lokalzuschlag) also 103,50 Mk. An diesem Satze muß festgehalten werden im Hinblick auf die verteuerten Lebensverhältnisse, ebenso aber auch im Interesse des Ansehens unsrer Organisation. Sollte dieser dringenden Anregung nicht stattgegeben werden, so müßten die Gehilfen ihr Recht, und sei es unter Ausschluß der Tarifinstanzen, durchzusetzen suchen." Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Sodann nahm die Versammlung noch Stellung zu den bevorstehenden Arbeiterratswahlen und stellte sich auf den Standpunkt der Richtlinien des Zentralrats. Gleichzeitig mag hier noch beigefügt werden, daß die bisher nicht organisierten Gehilfen in Gelnhausen sich sämtlich dem Verband anzuschließen gewillt sind.

Bezirk Karlsruhe. Die **Generalversammlung** am 6. April hatte sich eines guten Besuchs, hauptsächlich von auswärts, zu erfreuen. Die „Typographia", jetzt wieder in ihrer alten Stärke, eröffnete die Versammlung durch einen stimmungsvoll zum Vortrag gebrachten Freiheitschor. Nach herzlicher Begrüßung der vom Heeresdienste zurückgekehrten und Ehrung der 15 im verflossenen Jahre gefallenen und der 6 verstorbenen Kollegen gab der Vorsitzende **Kirsten** den Tätigkeitsbericht und in Verbindung hiermit die Berichterstattung von der Bezirksvorsteherkonferenz. Von 720 ins Feld gezogenen Kollegen kehrten leider 72 nicht mehr wieder, darunter alte und verdiente Mitglieder. Die Opferwilligkeit der Daheimgebliebenen muß auch hier anerkannt werden, da nahezu 60000 Mk. durch freiwillige Beiträge aufgebracht und an Kollegenfrauen und -kinder als Unterstützung ausbezahlt werden konnten. Die tarifliche Lage im Bezirk ist gut zu nennen, obwohl die Opposition der Prinzipale gegen die letzte Teuerungszulage in ganz Baden zu Komplikationen führte. Die Geschäftslage war keine rosige, da einesteils Aufträge infolge Papiermangels nicht ausgeführt werden konnten, anderenteils solche fehlten. Durch den überaus hohen Krankenstand im verflossenen Jahre, dazu noch die Konditionslosigkeit, muß der Gaukasse durch einen Extrabeitrag von 20 Pf. aufgeholfen werden. Unser Augenmerk wird sich jetzt auf vermehrte Einstellung von Arbeitslosen sowie auf die Lehrlings- und Ferienfrage zu richten haben, weshalb von den einzelnen Bezirksorten bereits Schritte unternommen wurden. Der Gautag soll wegen des schlechten Standes der Gaukasse und im Hinblick auf die Verkehrsschwierigkeiten und Ernährungsverhältnisse erst im nächsten Jahre stattfinden. Kollege **Hof** erstattete den Rechenschaftsbericht, wonach ein Gesamtumsatz von 114000 Mk. bei einem Vermögensstand von 2800 Mk. in der Bezirkskasse zu verzeichnen ist. Für die gewissenhafte und pünktliche Führung der Geschäfte wurde ihm allseitige Anerkennung gezollt. Die Versammlung bestätigte die alten Vorstandsmitglieder wieder. Nachmittags fand eine gemütliche Zusammenkunft in Rüppurr statt, bei der wiederum die „Typographia" ihren Teil zur Unterhaltung beitrug, was auch an dieser Stelle verdankt sei.

Briefkasten

A. G. in Stg.: Auch hier wie anderwärts hat man von dieser Schulung eine andre Vorstellung gehabt, aber leider sind diese Erscheinungen auch Früchte der jahrzehntelang weniger durch Erziehung an objektiven Tatsachen als durch Phrasenaufwand vollzogenen „Aufklärung" der Arbeiterschaft. — **A. in H.:** Es ist eine solche Not mit den Versammlungsberichten, daß wir nicht mehr ein noch aus wissen. Die völlige Freigabe der Diskussion hat durch ein Übermaß von Artikeln uns vollständig festgelegt. Sie wollen die Verzögerung mit diesen außerordentlichen Schwierigkeiten entschuldigen. — **E. A. in B.:** Der Schluß der Diskussion (siehe Nr. 48) gilt doch auch für Sie! Wir würden Ihren Artikel aber auch so ablehnen, weil er die Dinge auf den Kopf stellt und Sie obendrein der Redaktion nicht gestatten wollen, den Tatsachen die Ehre zu geben. — **A. B. in L.:** In Nr. 48 betonten wir, daß auch die Druckzentren zu kürzeren Berichten zurückkehren müßten; der jetzt eingegangene muß also von uns noch einige Streichungen erfahren, da seine Abfassung den ausgesprochenen Notwendigkeiten nicht ausreichend genügt. — **A. K. in S.:** Wir sind auch der Meinung, daß der Unterschied zwischen Verheirateten und Ledigen bei den Teuerungszulagen fallen sollte, sind jedoch ebenso dafür, daß eine Unterscheidung gemacht wird in über und unter 25 Jahre alte Gehilfen. Das wäre ein gerechterer Ausgleich. Es werden da wohl entsprechende Wünsche den Gehilfenvertretern mit auf den Weg nach Berlin gegeben sein. — **F. K. in K.:** Datiert vom 8., aufgegeben am 12. und eingetroffen am 13. Mai, müßte Ihr Artikel spätestens in den ersten Maitagen hier gewesen sein, um noch zur Gauvorsteherkonferenz Beachtung zu finden. Nun muß er lange liegen, bis die Reihe an ihn kommt. — **K. S. in M.:** „Stimmungsbild" vom 25. 4. am 13. 5. erst eingegangen. Ach, wir fühlen da mit! Jetzt wird Leipzig normal gemacht, aber es geht gemächlich sächsch dabei zu. Welche Nummern fehlen denn?

☞ Am 3. Mai (Nr. 48) haben wir mitgeteilt, daß Schluß mit den **Diskussionsartikeln** und **Aufhören der langen Versammlungsberichte** eintreten muß. Wir haben das Menschenmögliche getan und müssen nun fordern, daß auch der **Papierbeschränkung mehr Rechnung getragen** werden muß. Ganz schlimm steht es um die Veröffentlichung der Versammlungsberichte. Aus allen Ecken und Enden kommen Vorwürfe. Wenn in den letzten Wochen die Diskussionsartikel Vorzug fanden und dadurch die Korrespondenzen zurücksetzen, so müssen die letzteren jetzt den Vorrang erhalten, zumal vom Leipziger Generalstreik im Februar-März her sich der Ausfall von fünf Nummern immer noch bemerkbar macht. Es muß mit Diskussionsartikeln jetzt zurückgehalten werden, bis das Ergebnis der Berliner Tagungen vollständig veröffentlicht worden ist! Nach allen Bekanntgaben (siehe auch Nr. 50, 51) ist es doch ein starkes Stück, wenn jemand am 12. Mai kommt, um, in Erwiderung auf Ausführungen in Nr. 51, die Tarifgemeinschaft noch einmal totzuschlagen. Wir werden die Flügel nun wieder strafen, um berechtigten Beschwerden gegen die verzögerte Aufnahme der Versammlungsberichte Abhilfe werden zu lassen. Es liegen deren nach Abschluß dieser Nummer noch 75 vor! Mit Redaktions- und Artikeln unsrer ständigen Mitarbeiter sind wir unter den geschilderten Umständen auch bedeutend in Rückstand gekommen.

Die Redaktion.

Verschiedene Eingänge

„**Der praktische Telephon-Stenograph.**" Ein Kürzungsverfahren, erläutert an der Schule Stolze-Schrey von Wilhelm Stöldt. 1919 Verlag A. Stöldt, Neuhaus a. d. Oste.

„**Arbeitslosigkeit und Arbeitsnot.**" Was kann uns helfen? Von Erwin Barth, Redakteur am „Vorwärts". Preis 1 Mk. Berlin 1919. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

„**Das Verbrechen des Bürgerkriegs.**" Was ist Spartakus? (Flugschriften zur Revolution.) Von einem Arbeiter. Preis 20 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

„**Bulletin der Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges.**" Nr. 4. Die Bevölkerungsbewegung im Weltkriege. Von C. Döring. I. Deutschland. Zweite, erweiterte Bearbeitung. Die erste Auflage war in Deutschland verboten. 1919. Verlag: Buchdruckerei Bianco Luno, Kopenhagen.

„**Die Glocke.**" Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. Nr. 51 und 52. 4. Jahrgang. 1. Band. Nr. 1 und 2. 5. Jahrgang. 1. Band. Nummer 50 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68.

„**Der zahlende Dieb.**" Teichhilfsgeschichte von Eduard Geyersher. (3. Band der Serie „Unter dem Freiheitsbanner"). Preis jedes Bandes 25 Pf. Berliner Verlagsbuchhandlung Reinh. Klinger, Berlin NO.

▫ ▫ ▫ Verbandsnachrichten ▫ ▫ ▫

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen

Fechenheim. Vorsitzender: Matthias Riedinger, Schillerstraße 45; Kassierer: Georg Hofmann, Wilhelmstraße 49.
Jüterbog. Vorsitzender: A. Höhne, Oberhag 13.
Landsberg (Warthe). Vorsitzender: Max Hoffmann, Richtstraße 24; Kassierer: Willi Dorow, Friedrichstadt 71.
Passau. Vorsitzender: Georg Dambeck, Unterer Sand 16 II; Kassierer: A. Born, Schustergasse.
Posen. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Otto Wegner, Feldstraße 20.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Gau **Berlin** die Setzer 1. Willi Baumfelder, geb. in Ebersbach 1897, ausgel. in Radeberg 1915; 2. Johannes Behring, geb. in Strausberg 1899, ausgel. in Berlin 1917; 3. Hermann Berning, geb. in Leipzig 1899, ausgel. in Berlin 1917; 4. Martin Bode, geb. in Frankfurt a. M. 1899, ausgel. in Berlin 1917; 5. Ewald Borch, geb. in Gohmar 1897, ausgel. in Luckau 1915; 6. Kurt Brilla, geb. in Königsberg 1899, ausgel. in Berlin 1918; 7. Ernst Gierke, geb in Berlin 1895, ausgel. das. 1914; 8. Willi Grotze, geb. in Mariendorf 1893, ausgel. das. 1912; 9. Paul Kunze, geb. in Berlin 1871, ausgel. das. 1889; 10. Asmus Mackeprang, geb. in Kammerbusch (Stade) 1868, ausgel. in Burg auf Fehmarn 1888; 11. Fritz Merten, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; 12. Erich Wertner, geb. in Rixdorf 1899, ausgelernt das. 1908; 13. Otto Müller, geb. in Berlin 1900, ausgel. das. 1918; 14. Erich Ossterdinger, geb. in Berlin 1888, ausgel. das. 1906; 15. Jork Peschel, geb. in Kölln a. d. Elbe 1896, ausgelernt in Berlin 1914; 16. Willi Schön, geb. in Berlin 1899, ausgelernt das. 1917; 17. Bruno Worzalla, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; 18. Rudolf Jahn, geb. in Sagan i. Schl. 1893, ausgel. das 1911; 19. Bruno Zglinski, geb. in Danzig 1896, ausgel. in Berlin 1915; die Drucker 20. Max Babin, geb. in Neukölln 1899, ausgel. in Berlin 1917; 21. Otto Grabe, geb. in Berlin 1900, ausgel. das. 1918; 22. Helmut Gründer, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; 23. Artur Schluss, geb in Berlin 1898, ausgel. das. 1916; 24. Otto Schönau, geb. in Berlin 1859, ausgel. das. 1897; waren noch nicht Mitglieder; die Setzer 25. Georg Behrend, geb. in Berlin 1892, ausgel. das. 1910; 26. Paul Brandenburg, geb. in Berlin 1885, ausgel. in Oranienburg 1903; 27. Felix Brendel, geb. in Berlin 1881, ausgel. das. 1900; 28. Wilhelm Deutschbein, geb. in Berlin 1852, ausgel. das. 1872; 29. Willi Dickmann, geb. in Berlin 1898, ausgel. das. 1916; 30. Erich Feder, geb. in Berlin 1897, ausgel. in Röbel i. M. 1915; 31. Franz Flachowsky, geb. in Waldheim i. S. 1856, ausgel. in Zwickau i. S. 1874; 32. Paul Giesel, geb. in Berlin 1877, ausgel. das. 1895; 33. Max Guthelt, geb. in Berlin 1879, ausgel. das. 1898; 34. Max Haldreich, geb. in Warschau 1896, ausgel. das. 1913; 35. Hermann Horst, geb. in Erfurt 1895, ausgel. das. 1913; 36. Erich Hutz, geb. in Schwedt a. d. O. 1883, ausgel. in Berlin 1903; 37. Paul Köhler, geb. in Sagan 1862, ausgel. in Berlin 1880; 38. Paul Kolbe, geb. in Berlin 1885, ausgel. das. 1904; 39. Karl Kuhner, geb. in Rogasen 1886, ausgel. das. 1904; 40. Paul Malyszczyk, geb. in Berlin 1891, ausgel. das. 1909; 41. Erich Olschewski, geb. in Tempelhof 1898, ausgel. in Berlin 1916; 42. Karl Schlag, geb. in Naumburg a. d. S. 1876, ausgel. das. 1895; 43. der Maschinensetzer Gustav Hellmann, geb. in Ober-Langenbielau 1875, ausgel. in Langenbielau 1893; die Drucker 44. Paul Baatz, geb. in Luckenwalde 1896, ausgel. in Berlin 1914; 45. Bernhard Böttger, geb. in Berlin 1878, ausgel. das. 1896; 46. Richard Conrad, geb. in Krossen a. d. O. 1885, ausgel. das. 1904; 47. Wilhelm Drews, geb. in Schneidemühl 1877, ausgel. das. 1895; 48. Kurt Haupt, geb. in Berlin 1894, ausgel. das. 1911; 49. Paul Kakerow, geb. in Neuhardenberg 1896, ausgel. in Schöneberg 1914; 50. Max Meinhardt, geb. in Berlin 1877, ausgel. das. 1895; 51. Hugo Wagner, geb. in Neukölln 1899, ausgel. in Berlin 1917; 52. der Stereotypeur Fritz Grotzmann, geb. in Berlin 1892, ausgel. das. 1910; 53. der Stempelschneider Wilhelm Bonin, geb. in Berlin 1880, ausgel. das. 1899; 54. der Korrektor Paul Appolt, geb. in Thorn 1869; waren schon Mitglieder. — Albert Massini in Berlin SO 16, Engelufer 14/15.

Im Gau **Leipzig** 1. der Drucker Franz Löwe, geb. in Leipzig-Reudnitz 1892, ausgel. in Leipzig 1911; die Gießer 2. Albert Körner, geb. in Berlin 1876, ausgel. das. 1895; 3. Ernst Better, geb. in Paunsdorf 1877, ausgel. das. 1902; 4. Richard Better, geb. in Paunsdorf 1873, ausgel. das. 1900; waren noch nicht Mitglieder; 5. der Gießer Willi Fischer, geb. in Paunsdorf 1893, ausgel. das. 1912; war schon Mitglied. — Karl Engelbrecht in Leipzig, Bilderstraße 9 I.

Im Gau **Mecklenburg-Lübeck** der Setzer Karl Sukow, geb. in Wismar 1897, ausgel. in Warin i. M. 1905; war schon Mitglied. L. Dahncke in Schwerin i. M., Rostocker Straße 19.

Im Gau **Oder** der Setzer Bruno Zarschler, geb. in Heidelberg b. Seiffen i. Sa. 1869, ausgel. in Olbernhau i. Sa. 1889; war noch nicht Mitglied. — P. Hannach in Stettin, Turnerstraße 10 I.

Im Gau **Osterland-Thüringen** 1. der Setzer Friedrich König, geb. in Arnstadt 1896, ausgel. das. 1915; 2. der Drucker Erich Müller, geb. in Arnstadt 1899, ausgel. das. 1917; die Schweizerdegen 3. Paul Blotz, geb. in Bad Blankenburg 1900, ausgel. das. 1918; 4. Karl Voigt, geb. in Bad Blankenburg 1900, ausgel. das. 1918; waren noch nicht Mitglieder; 5. der Drucker Fritz Hack, geb. in Erfurt 1888, ausgel. das. 1906; war schon Mitglied. — Emil Prox in Weimar, Lassenstraße 44.

Im Gau **Schlesien** die Setzer 1. Karl Schneider, geb. in Namslau 1877, ausgel. das. 1895; war noch nicht Mitglied; 2. Emil Dittrich, geb. in Landeshut i. Schl. 1880, ausgel. das. 1899; 3. Richard Bruchmann, geb. in Hirschberg i. Schl. 1874, ausgel. das. 1893; waren schon Mitglieder. — Karl Fiedler in Breslau I, Kupferschmiedestraße 7 II.

Im Gau **Schleswig-Holstein** die Setzer 1. Hans Neels, geb. in Brunswall 1897, ausgel. in Kappeln (Schlei) 1916; 2. Wilhelm Bischoff, geb. in Mühlhausen i. Thür. 1892, ausgel. das. 1911; 3. Willi Lensch, geb. in Neumünster 1899, ausgel. das. 1917; 4. Alfred Trockenbrodt, geb. in Neumünster 1899, ausgel. das. 1917; 5. Ernst Meyer, geb. in Neumünster 1900, ausgel. das.; waren noch nicht Mitglieder. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Im Gau **Westpreußen** der Setzer Paul Cholewicz, geb. in Thorn 1879, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied. — H. M. David in Danzig-Schidlitz, Karthäuser Straße 86 II.

Im Gau **Württemberg** die Setzer 1. Otto Fischer, geb. in Braunschweig 1890, ausgel. in Karlshafen 1908; war schon Mitglied; 2. Eugen Breyer, geb. in Ludwigsburg 1900, ausgel. das. 1918; 3. Hermann Essig, geb. in Kalw 1901, ausgel. das. 1919; 4. Kurt Fritzsche, geb. in Pforzheim 1900, ausgel. das. 1919; 5. Karl Göbler, geb. in Heilbronn 1901, ausgel. das. 1919; 6. Hermann Helzmann, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. das. 1919; 7. Otto Layer, geb. in Schornbach 1900, ausgel. in Schorndorf 1919; 8. Karl Moritz, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. das. 1919; 9. Wilhelm Redolf, geb. in Gebrazhofen 1900, ausgel. in Tettnang 1919; 10. Alfred Schmid, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. das. 1919; 11. Max Spengler, geb. in Leonberg 1901, ausgel. das. 1919; 12. Eugen Schwegler, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. das. 1919; 13. Max Wohlfahrt, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. das. 1919; die Schweizerdegen 14. Ulrich Göppel, geb. in Wolpertshofen 1900, ausgel. in Laupheim 1918; 15. Otto Hensinger, geb. in Obersulmetingen 1901, ausgel. in Laupheim 1919; die Drucker 16. Rudolf Kälber, geb. in Eutingen 1897, ausgel. in Pforzheim 1916; 17. Emil Möbrer, geb. in Feuerbach 1901, ausgel. in Stuttgart 1919; 18. Eugen Nielhammer, geb. in Feuerbach 1901, ausgelernt in Stuttgart 1919; 19. Julius Raff, geb. in Degerloch 1901, ausgel. in Stuttgart 1919; 20. Paul Schäfer, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. das. 1919; 21. Gustav Schwarz, geb. in Bolnang 1901, ausgel. in Stuttgart 1919; waren noch nicht Mitglieder; 22. der Galvanoplastiker Max Mauch, geb. in Stuttgart 1898, ausgel. das. 1916; war schon Mitglied. — G. Klein in Stuttgart, Heusteigstraße 54.

Versammlungskalender

Dresden. Stereotypeur- und Galvanoplastikerversammlung Sonntag, den 18. Mai, vormittags 9 Uhr, in „Schnadts Gasthaus", Kleine Plauensche Gasse 2.

Köthen. Maschinensetzer-Bezirksversammlung (Bezirk Dessau) Sonntag, den 18. Mai, vormittags 10 Uhr, in „Osterköthen".

Potsdam. Versammlung Sonnabend, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im „Königseck", Alte Königstraße 18.

Striegau. Versammlung Sonnabend, den 17. Mai, abends 7 Uhr, im „Norddeutschen Hof".

Ulm-Neuulm. Versammlung Sonnabend, den 17. Mai, abends pünktlich 6½ Uhr, im „Bayerischen Hof" in Neuulm.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Aus dem Geschäftsbericht des Tarifamts. — Jubiläum des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. — Richtlinien für die Gewerkschaften.

Das Buchgewerbe im Auslande: Hinausschiebung des internationalen Buchdruckerkongresses. — Schweiz. — Belgien. — Rußland. — Amerika. — Südafrika.

Papiernot und Papierverteuerung: Weitere Einschränkung des Zeitungsumfanges? — Keine Aufhebung der Papierkontingentierung.

Gewerkschaftsrevue: Die ausländischen Lebensmittel. — Anarchistische Putsche und wilde Streiks. — Gewerkschaften und Wirtschaftsleben. — Großartige Entwicklung des Tarifvertragswesens.

Korrespondenzen: Berlin (M.-S.). — Düsseldorf. — Halle a. d. S. Hanau. — Karlsruhe.

Rundschau: Zu den neuen Vorgängen in Leipzig. — Nachahmenswerte Beispiele. — Gehilfenprüfungen. — Druckereibrand. — Hochverrat.

(**Hierzu eine Beilage.**)

Sportliebhaber, Naturfreunde und Sammler!

Aktstudien (Naturaufnahmen). Die Schönheiten des Weibes und Mannes.
Probe I etwa 50 photographische Miniaturen und 3 Originalphotos. Preis 3,50 Mk.
Probe II 10 verschiedene Originalphotos und eleganter Katalog mit etwa 1000 Miniaturen. Preis 19 Mk.
Probe III Muster aus 20 Kollektionen (photographische Originale) und ein Katalog (wie Probe II). Preis 38 Mk.
Illustrierter Katalog mit etwa 1000 Miniaturen 5 Mk.
Architekturen Verlangen Sie Katalog mit etwa 2000 Architekturen und Heliogravüren gegen Einsend. von 7,50 Mk. franko.
Versandhaus International
Berlin-Neukölln, Allerstraße 15. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 55947.

Durchaus erfahrener, zuverlässig und sauber druckender
Rotationsmaschinenmeister
zur Bedienung einer 32seitigen Vogtländischen Rotationsmaschine (Modell 1913 mit Wendestangen) per sofort gesucht. Ständiger Nachtdienst von 3½ Uhr morgens ab. Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnforderungen, Angabe bisheriger Tätigkeit unter Nr. 766 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

Hervorragend tüchtiger
Stereotypeur
besonders geübt im Korrigieren und Fertigmachen, für Leipzig als rechte Hand des Meisters gesucht. Offerten erbeten unter L. E. 6512 an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Junger, tüchtiger
Schriftsetzer
an gewissenhaftes, flottes Arbeiten gewöhnt, sucht Stellung im In- oder Auslande. Gefl. Offerten an **Theo Sill, Kiel,** Mehlstraße 22. [736

Junger
Stereotypeur
sucht Stellung. [773
Werte Offerten erbeten an
Willi Büttner, Koburg (Thür.), Ketschengasse 21.

Berliner Korrektorenverein
Die nächste Versammlung findet bereits am Sonntag, dem 1. Juni, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus", Alexandrinenstraße 44, statt. [771
Wegen Abwesenheit des ersten Vorsitzenden sind bis zum 1. Juli alle Zuschriften an den zweiten Vorsitzenden: Georg Stübinger, Neukölln, Berthelsdorfer Straße 13, zu richten.
Der Vorstand.

Liedertafel „Gutenberg" von 1877, Hamburg-Altona.
Sonntag, den 18. Mai:
Herrenmorgentour
Blankenese-Rissen.
Treffpunkt: Bahnhof Blankenese. 8 Uhr morgens Abmarsch nach Rissen, „Rissener Hof" (Inhaber Heinsohn).
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Schnelle Hilfe
bei **Rheumatismus, Gicht, Ischias, Glieder- und Gelenkschmerzen** sowie allen rheumatischen Erkrankungen erzielen Sie durch Einreibungen mit meinem Universalbalsam. Viele Dankschr. Flasche 4 Mk. und 7,50 Mk. franko Nachnahme. Versand nur durch Laborat. **Hermann Ernst,** Abt. 32, **Herne** i. W. [752

Ahlen und Pinzetten sowie alle Werkzeuge für Setzer u. Drucker empfiehlt K. Siegl, München 9, Kolumbusstr. 1. Katalog 25 Pf.

Verlangen Sie sofort
Prospekt über unsern briefl. Unterricht in Kalkulation und Papierkunde.
Jede Berechnung w. durch uns kontrolliert.
Kalkulationsbureau, [610
Berlin SW 61, Teltower Straße 17.

Ahlen und Pinzetten
liefert billig und gut [762
Verband d. Deutsch. Typogr. Gesellsch. Leipzig, Salomonstr. 8. Postscheckkonto Nr. 53430. Preisliste kostenlos.

Wieder lieferbar!
Ich zahle 10 Mk. monatlich
und bestelle bei **C. H. Otto & Ko.** Verlag Berlin-Lichterfelde
Peter Roseggers Ges. Werke
40 Bände gebunden für 198 Mk.
(Anzeige bei Bestellung einsenden.)

Die Verbandsgeschichte
Erster Band ([illegible] S.): Die wirtschaftlichen, sozialen und kollegialen Verhältnisse der Buchdrucker von 1440–1848. Die organisatorische Vorperiode von 1848–1866. Der Verband von 1866–[illegible]. Statistisches Kapitel ([illegible] S.): Die [illegible] Gliederung. Gewerbestatistik. Gehilfen- und Lehrlingszahl. Lohn und Arbeitszeit. — Anhang ([illegible] S.): Die Einteilung der Organisation. Die Organisationsleitungen und die Delegierten von 1848–[illegible]. Die Gauvorsteher von [illegible]. Die Entwicklung der Unterstützungseinrichtungen und des Kassenwesens von 1866–[illegible]. Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik. Die Tarife von 1848–[illegible]. Die Tarifzentrale und die Tariffunktionäre von 1873–[illegible]. Illustrationen: Dokumente aus der Vorgeschichte und späteren Perioden. Die Führer von 1848–[illegible]. Kurventafel.
Verfaßt von Willi Krahl
Kommissionsverlag von
Radelli & Hille, Leipzig
Preis [illegible] Mk. für Mitglieder, 3 Mk. für andere Gewerkschaftler (Bestellungen durch die Vorstände), im Buchhandel 4 Mk. Zahlung an den Verbandskassierer

Fehlerbuch von E. v. Coelln
Samml. v. Sprachfehlern, portofr. 1,75 Mk., u. and. gute Fachbücher f. Korrektoren. Neue Preisliste auf Wunsch kostenlos. Die Verlagsabteilung im B. d. D. T. G. Leipzig, Salomonstr. 8. Postsch.-K. 53430.

Treffpunkt aller Bekannten
im **Restaurant B. Martin, Neukölln,** Berliner Straße 100 (am Hermannplatz), großes Vereinszimmer mit Piano zur gefl. Benutzung. „Korrespondent" liegt aus!

Nach 23tägiger Leidenszeit — hervorgerufen durch die kommunistische Schreckensherrschaft — ist der [758
Postverkehr von und nach München wieder frei!
München 9, 6. Mai 1919.
Graph. Verlag K. Siegl.

Refekta-Kleber
sowie
Fußbodenöl
echt, liefert [764
E. Schuster, Bautzen.

„Buchgewerbliches Wissen" Band 8:
Das Ausschießen der Formen
Technisches Hilfsbuch für Druckereileiter, Faktoren u. Gehilfen. Von A. Engelhardt. Preis einschl. Porto und Verpackung 2,75 Mk.
Verlag Julius Mäser,
Postscheckkontonummer 6621, **Leipzig.**

Alle in Ihrer Druckerei
unbrauchbar gewordenen **Setzwinkelhaken** repariert sachgemäß [767
Elektromech. Industrie, G. m. b. H., München, Fraunbergstraße 3.

Graphische Werkzeuge sowie sämtliche Spezialwerkz. für Maschinenmeister empf. in bester Qual. Kollege **Max Voigt, Leipzig-Stötteritz,** Papiermühlstr. 5 II. Preisliste gratis und franko. [743

Ahlen, Pinzetten, Zurichtescheren usw. Fachliteratur, Zeichenkart. **Katalog umf. P. Goldschmidt, Halle a. d. S.,** Rosenstr. 3.

Kollegen Quedlinburgs!
Neu eröffnet Ditfurter Weg 1a
Restaurant und Café „Zum Gutenberg"
Zimmer mit Piano und kleiner Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten zur Verfügung.
Ergebenst **Fritz Jacke.**

Am 8. Mai verschied nach längerer Krankheit unser langjähriges wertes Mitglied, der Maschinenmeister [768

Theodor Thiele

im Alter von 63 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Mitgliedschaft Chemnitz.

Als weiteres Opfer des Weltkriegs ist am 6. Mai im Barmbeker Krankenhaus infolge eines Kopfschusses unser lieber Kollege, der Setzer [763

Willi Biltz

verschieden.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Glückstadt.

Am Sonntag, dem 13. April, verschied nach langem, schwerem Leiden unser allverehrter Chef, der [765

Buchdruckereibesitzer Herr

Georg Weber

In dem allzu früh Entschlafenen verlieren wir einen wohlwollenden und gerechten Arbeitgeber, der in den langen Jahren, in denen ein großer Teil von uns mit ihm arbeiten konnte, sich immer als wahrer Mensch zeigte. Wir werden allzeit das Andenken des Verstorbenen in Treue bewahren.

Melle, im Mai 1919.

Die Verbandskollegen der Firma F. E. Haag.

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Schaeffer in Leipzig, Salomonstraße 8. — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 53 — Leipzig, den 15. Mai 1919

Redaktionsschluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Richtlinien für die Gewerkschaften

In ziemlich schneller Folge beschäftigten sich die Vertreter der Verbandsvorstände seit Beginn dieses Jahres mit den wichtigsten gewerkschaftlichen Fragen. In eingehenden Beratungen nahmen sie Stellung zu den Fragen der Sozialisierung, der zukünftigen Stellung der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben und zur Rätefrage. Die in Form von Richtlinien ausgearbeiteten Vorschläge zu den einzelnen Fragen werden dem im Juni in Nürnberg zusammentretenden Gewerkschaftskongreß als Beratungsmaterial dienen. Um auch unsern Kollegen Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen, veröffentlichen wir im nachstehenden zunächst die

Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften.

1. Die Gewerkschaften haben in der Periode der privatkapitalistischen Warenproduktion die Arbeiter zum Klassenkampf erzogen. Sie haben große Massen der Arbeiter in starken Verbänden gegen die Unternehmer vereinigt, sie in Lohnkämpfen geschult und durch wirtschaftliche Bildung zur Erkenntnis ihrer Lage und zum Verständnisse der gesellschaftlichen Zusammenhänge gebracht. Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelangem systematischen Kampfe den Unternehmern nicht nur Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen abgerungen, sondern auch die Stellung der Arbeitnehmer in den von den Gewerkschaften beeinflußten Betrieben der Arbeitgeberwillkür entzogen. Sie haben der Arbeiterschaft die Anerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigten Vertragsteil erkämpft und in beträchtlichem Umfange die gewerkschaftlichen Erfolge durch kollektive Arbeitsverträge sichergestellt. Sie haben ferner die Umwandlung des Arbeitsrechts, vordem ein einseitiges Herrenrecht des Unternehmers, zum paritätischen Recht angebahnt und gefördert sowie auf die Sozialpolitik und die Gesetzgebung einen steigenden Einfluß ausgeübt.

2. Am Vorabende der politischen Revolution hatten die Gewerkschaften die Unternehmer bereits zur Erfüllung der wesentlichsten Arbeiterforderungen gezwungen und sie auf den Weg der wirtschaftlichen Demokratie gedrängt durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollen. Alle diese Erfolge der Gewerkschaften sind wertvolle Errungenschaften, haben aber die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft und somit die Aufgaben der Gewerkschaften erst zum Teil erfüllt. Der Kampf der Gewerkschaften muß deshalb fortgesetzt werden.

3. Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterklasse gestärkt und damit zugleich ihren Einfluß auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert. Der Wiederaufbau des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens wird sich in der Richtung der Gemeinwirtschaft unter fortschreitendem Abbau der Privatwirtschaft vollziehen. Diese Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefördert.

4. Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich.

5. Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig. Die soziale Fürsorge der Gesellschaft macht die gegenseitige Hilfe der Arbeiter in ihren Organisationen nicht entbehrlich. Die Gewerkschaften fordern von der Gesellschaft eine ausreichende Fürsorge für die Bedürftigen, insbesondere für die Erwerbsunfähigen, Erwerbsbeschränkten und ohne eignes Verschulden Erwerbslosen. In dem Maße der Verwirklichung und Sicherung dieser öffentlichen Fürsorge können die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen abgebaut werden.

6. Die Interessengegensätze zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können. Selbst wenn Arbeitseinstellungen infolge des sozialen Arbeitsrechts und demokratischer Mitverwaltung der Arbeitnehmer eingeschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft durch schiedsgerichtliches Verfahren nach Möglichkeit verhütet werden müssen, können die Arbeitnehmer auf das Streikrecht nicht verzichten.

7. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetriebe beginnend bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation, verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen, die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechtsgültigkeit. Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen festzulegen.

8. Die Durchführung der in diesen Richtlinien aufgestellten Forderungen ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Industrie- und Berufszweigen, die sich im Deutschen Gewerkschaftsbunde zu einer Gesamtvertretung der Arbeit vereinigt haben. Den zum Deutschen Gewerkschaftsbunde gehörigen Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin beitreten. Politische oder religiöse Überzeugung ist in diesen Organisationen kein Hinderungsgrund für den Beitritt.

9. In den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftsgebieten übernehmen die aus Urwahlen mit beruflicher Gliederung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der seitherigen örtlichen Gewerkschaftskartelle. An Stelle der letzteren treten Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die ihre Tätigkeit auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben beschränken und daneben die Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeiterräten herstellen.

10. Außer diesen örtlichen Arbeiterräten sind Arbeitervertretungen für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlsystem zu berufen. Dieselben können mit entsprechend zusammengesetzten Vertretungen der Betriebsleiter gemeinsam sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Gesetzentwürfe ausarbeiten und begutachten sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren Sozialisierung ausarbeiten und auf ihre Durchführung hinwirken.

11. Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter als Vertretung reiner Arbeiterinteressen nicht selber Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben. Ihnen fällt aber die Führung einer zielbewußten Arbeiterpolitik innerhalb der Wirtschaftskammern zu. Sie haben grundsätzliche und praktische Richtlinien für die Arbeitervertreter aufzustellen und für die dauernde Verbindung dieser Vertreter untereinander und mit den Gewerkschaften Sorge zu tragen. Sie müssen umfassende Maßnahmen treffen, um die Erkenntnis aller volkswirtschaftlichen Fragen und Produktionsbedingungen, der Technik und Betriebsverwaltung in der Arbeiterschaft zu verbreiten und damit bei dieser die Kräfte auslösen, die zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsweise nötig sind.

□□□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□□

In vielen deutschen Städten sind nunmehr endlich die ersten ausländischen Lebensmittel zur Verteilung gelangt, die uns aus solchen Ländern zugingen, mit denen Deutschland bisher auf Kriegsfuß stand. In noch größerem Stile sollen angeblich binnen kurzem auch die Neutralen beabsichtigen, dem deutschen Volke helfend beizuspringen und so dazu mitzuhelfen, daß wieder ein geregeltes Erwerbsleben in Deutschland und ein Güteraustausch mit dem Auslande zustande kommt. In diesen Punkten begegnen sich unsre eignen Interessen mit denen des Auslandes. Die lange hinausgezögerte Hilfsaktion der feindlichen Länder und der Neutralen am darbenden, vom Hunger durchwühlten deutschen Volke kommt nicht um unsrer schönen Augen oder unsres (nicht mehr vorhandenen) Geldes willen zur Durchführung, sondern diese Hilfsaktion steht vielmehr unter dem Zwange des ehernen Gesetzes der Arbeitsteilung und des Produktenaustausches, das die ganze organische Welt beherrscht. Ein Deutschland, in dem Handel und Wandel völlig stocken, muß sich im Weltverkehr in jeder Beziehung als ein schweres Hindernis erweisen, als eine Leiche im Hause, wie sich die ausländische Presse sehr drastisch ausdrückte. Ein totes Deutschland würde sich in der Völkerfamilie als weit umständlicher erweisen als ein lebensfähiger, auf sich selbst gestellter Organismus. Dementsprechend handeln die mehr oder weniger imperialistisch gerichteten Ententeländer nicht weniger in ihrem eignen als in unserm Interesse, wenn sie Deutschland mit Lebensmitteln und Rohstoffen versorgen. Wenig genug ist es, und es soll noch weniger werden wegen eignen Mangels. Mit dieser Konstatierung soll natürlich keineswegs ausgedrückt sein, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit nicht selbst alle Voraussetzungen erfüllen müßte, um wieder zu einer geordneten Wirtschaft zu gelangen. Im Gegenteil! Denn ebenso notwendig wie die ausländischen Lebensmittel und Rohstoffe brauchen wir in Deutschland Besinnung und Ruhe, Ordnung und Arbeit. Um in dem nach und nach wieder einsetzenden Wettkampfe der Nationen in Zukunft bestehen zu können und ein schätzenswertes Glied innerhalb der Völkerfamilie zu bleiben, müssen alle deutschen Volkskreise an der Wiederbelebung unsres nahezu vernichteten Wirtschaftskörpers mit dem Aufgebote sämtlicher verfügbaren Kräfte teilnehmen, und zwar im Sinn einer freieren Auffassung der zu lösenden wirtschaftlichen Probleme, als sie unter dem rein kapitalistischen System bestand.

Soweit dabei die Arbeiterschaft als ungemein wichtiges Glied der deutschen Volkswirtschaft in Betracht kommt, muß sie sich ernstlich fragen, ob anarchistische Putsche zwecks Erreichung politischer Ziele sowie politische und wirtschaftliche Selbstzerfleischung dazu dienen, den Sozialismus zu verwirklichen. Die Arbeiter müssen sich weiterhin sagen, daß die durch Massenstreiks verursachte und verschuldete Vernichtung wirtschaftlicher Werte, an deren Erhaltung und Nutznießung alle Volksgenossen gleichermaßen interessiert sind, unsrer Volkswirtschaft schweren Schaden zufügt. Ein derartiges Vorgehen gleicht der von modernen Arbeitern oft genug belächelten sinn- und zwecklosen Zerstörung der ersten händeersparenden Maschinen in der Frühzeit der Arbeiterbewegung, oder dem vergeblichen Kampfe der Fuhrleute gegen das Aufkommen von Lokomotiven. Nur werteschaffende Arbeit sichert den freiheitlichen und wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse! Wer sich von Revolutionsneurasthenikern das Gehirn mit Phrasen umnebeln und für spekulative Zwecke mißbrauchen läßt, der hilft die Entwicklung zum sozialen Staate mit aufhalten und schädigt das Volksganze. Angesichts des letzten Streiks der Ruhrbergarbeiter, der sich unter dem Einflusse spartakistischer Sprengkolonnen zeitweise zum Generalstreik auswuchs, schrieb der bekannte langjährige Bergarbeiterführer Otto Hué u. a.:

> Ist die deutsche Arbeiterschaft wirklich noch nicht reif für einen vernünftigen Gebrauch der Freiheit? Die Hoffnung, daß die Arbeiterschaft sich besinnt, ist tatsächlich auf den Nullpunkt gesunken, wenn man erlebt, daß große Belegschaften sich von volkswirtschaftlich unwissenden, fanatisch aufgeregten, plötzlich auftauchenden und ebenso schnell verschwindenden Personen zu Schritten und Beschlüssen verleiten lassen, die das Elend nur noch größer, unsre Zukunft nur noch trostloser machen.
>
> Wer jahrzehntelang in Reih und Glied der Arbeiterbewegung mitgestritten, mitgelitten und mitgehofft hat, der sieht nun mit tiefstem Schmerze, wie der schon von Lassalle gegeißelte Unverstand drauf und dran ist, alles zu zertrümmern, was opferfreudige Genossen und Kameraden mühevoll aufgebaut haben. Mancher von ihnen möchte heute wünschen, eher gestorben zu sein, damit er einen solchen entsetzlichen Selbstmord der Arbeiterklasse nicht miterlebt hätte.
>
> Besinnt euch, Proletarier! Rettet eure Zukunft und die eurer Kinder! Beendet das furchtbare Trauerspiel, das ihr der Welt in den letzten Wochen und Monaten geboten habt. Findet ihr dazu nicht die geistige Kraft und männliche Selbstdisziplin, dann ist der letzte Akt des Trauerspiels der Zusammenbruch aller sozialistischen Hoffnungen! Eine Nacht voll Grauen ist das entsetzliche Ende. Das ist die brutale Wahrheit, die zu sagen jeder ehrliche Sozialist verpflichtet ist.

Diese Ausführungen treffen tatsächlich den Nagel auf den Kopf. Die Not der breiten Massen unsres Volkes kann nur gestillt werden durch die Hervorbringung exportfähiger Gebrauchsgüter und deren Austausch gegen Lebensmittel. Eine Organisation der Produktion und des Austausches, die auf dem Boden der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise erwachsen und befestigt ist, kann aber nicht frei erneuert oder mit Gewalt aus dem Nichts geschaffen werden. Die Dinge liegen heute in Deutschland so, daß sich angesichts der gewaltigen Zukunftsaufgaben keine wirtschaftliche Kraft willkürlich aus dem Produktionsprozeß ausschalten lassen darf.

Auch die vielen wilden Streiks, die in Deutschland zu verzeichnen sind, um auf eigne Faust immer höhere Lohnforderungen durchzusetzen, müssen, obwohl sie ganz andern Motiven entspringen als die politischen Massenstreiks, uns als Gewerkschaftler doch nachdenklich stimmen. Gewiß liegen unsre Ernährungs- und Existenzverhältnisse über alle Maßen traurig, gewiß leiden die Arbeiter am schwersten unter der Teuerung, so daß ihr Streben nach einem annähernden Ausgleich auf dem Lohngebiet ohne weiteres begreiflich ist. Aber dennoch muß man sich fragen, wohin das schließlich noch führen soll, wenn einzelne Gewerbe oder Orte sich fortgesetzt den Rang in der Lohnhöhe streitig machen. Die Folgen dieses Wettkletterns der Löhne zeigen sich bereits deutlich in der weiteren Entwertung des deutschen Geldes und einem bedeutenden Steigen der Lebensmittelpreise. Vor Ausbruch des Krieges hatten in Dänemark 112 deutsche Mark den Wert von 100 dänischen Kronen. Jetzt gelten 112 Mk. in Dänemark nur noch 33,25 Kr., in Stockholm sogar nur 31,50. In der Schweiz galten früher 100 Fr. = 80 Mk.; kurz vor den letzten Streiks in Deutschland mußten dort für 100 Fr. 197,50 Mk. gezahlt werden, und jetzt muß man dort 234 Mk. dafür zahlen. Das deutsche Geld ist jetzt ungefähr auf ein Viertel seines Wertes gesunken. Allein während der Streiks im April hat sich der Kurs für je 80 Mk. um 36,50 Mk. verschlechtert, für 100 Mk. also um 45,72 Mk. Da wir in Deutschland zur Zeit etwa für

35 Milliarden Mark Papiergeld im Umlaufe haben, hat Deutschland, gemessen an dem Stande des deutschen Geldes in der Schweiz, in wenigen Tagen 15913750000 Mk. verloren. Die Menge Lebensmittel, die wir aus der Schweiz vor den letzten Streiks noch für 100 Mk. bekamen, kostet jetzt 145,73 Mk. Wenn das so fortgeht, werden die Lebensmittelpreise niemals den so dringend nötigen Abbau erfahren, sondern ins Ungeheure weiter steigen. Unter diesen Umständen müssen sich aber selbst die höchsten Löhne für die Arbeiter als Selbstbetrug erweisen. Jedem Einsichtigen indes ist es klar, daß eine solche Entwicklung schließlich zur Katastrophe führen muß, sofern nicht schnellstens etwas Durchgreifendes unternommen wird, um die Preise für die notwendigsten Lebensmittel abzubauen oder wenigstens der willkürlichen Preisgestaltung durch die agrarischen „Erzeuger“ ein energisches Halt zu gebieten. Hier heißt es: Gewerkschaften und Generalkommission vor die Front! Verlangt unter Androhung der schärfsten Waffe von der Regierung im Interesse der Volksgesundung und der Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftslebens gesetzliche Hilfe gegen wucherische Aussaugung und Erpressung durch den Schleichhandel! Fordert eine Herabsetzung der wahnsinnig in die Höhe geschraubten Verkaufspreise und restlose Ablieferung aller entbehrlichen Nahrungsmittel durch die sogenannten Erzeuger und Selbstversorger! Solange der Hunger die Menschen aufpeitscht, werden Bolschewismus und Spartakismus leichtes Spiel haben, und auch die wilden Streiks werden nicht aufhören. Es nützt so nichts, den Arbeitern vorzuhalten, daß wilde Streiks allen organisatorischen Grundsätzen und gewerkschaftlichen Erfahrungstatsachen widersprechen, daß schon vor dem Streikausbruch jede Verhandlungsmöglichkeit erschöpft werden muß, nicht erst nachher. Wo der knurrende Magen die Gedankenrichtung bestimmt, verfangen eben gute Lehren und Vorschläge nicht, und seien sie auch noch so gut gemeint. Der nötige Resonanzboden dafür und für eine größere Arbeitsfreudigkeit muß erst wieder geschaffen werden durch eine Verbilligung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch die Sicherung eines gewissen Existenzminimums. Eine besonders bedenkliche Kehrseite hat das Wettklettern der Löhne in Deutschland noch insofern, als infolge davon die deutsche Arbeitskraft zur teuersten der Welt zu werden droht. Das übt natürlich auf den Warenpreis und auf die Absatzmöglichkeit der Produkte einen nicht zu verkennenden Einfluß aus. Die Länder, mit denen Deutschland Handel zu treiben gezwungen sein wird, werden aber nach wie vor auf rein kapitalistischer Grundlage produzieren. Sollte es ihnen infolgedessen möglich sein, Waren zu billigeren Preisen herzustellen als die deutsche Konkurrenz, dann werden die Arbeiter wiederum in erster Linie die Leidtragenden sein.

Obwohl wir von der Schädlichkeit der wilden Streiks für die deutsche Wirtschaft und die Arbeitersache selbst felsenfest überzeugt sind, haben wir doch die Hauptursache der wilden Streiks gerecht zu würdigen versucht und auf einen Weg hingewiesen, der entschlossen betreten werden muß, um das Weiterumsichgreifen dieser gewerkschaftlichen Balkanmethoden zu verhindern. So wie bisher kann und darf es keinesfalls weitergehen! Dem Arbeiter darf es nicht gleichgültig sein, ob die Industrie, von der er lebt, in ihrer günstigen Fortentwicklung gestört oder gar gefährdet wird. Am allerwenigsten heute, wo die Existenz der Arbeiter gesetzlich gesichert und die wirtschaftliche Demokratie in Form von Arbeiterräten in der Verfassung verankert werden soll. Mit Hilfe der Sozialisierung soll überdies dafür gesorgt werden, daß fortan nicht mehr nur eine kleine, aber mächtige Volksgruppe ihr Einkommen aus der Arbeit andrer Menschen bezieht, sondern daß der Arbeitsertrag der Allgemeinheit zugute kommt. Wenn man aber vom Unternehmer verlangt, daß er seine Profitansprüche mäßigt, dann muß auch der Arbeiter seine Forderungen in vernünftigen Grenzen halten. Es darf der kapitalistische Geist nicht einfach abgelöst werden durch den Geist des schrankenlosen Egoismus, der nur immer mehr die allgemeine Verarmung fördert. Für die Gesamtheit eines Berufs ist nichts gewonnen, wenn es einzelnen Orten oder Personalen durch gesondertes Vorgehen gelingt, Lohnerhöhungen oder sonstige Vorteile im Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Das Errungene bleibt so lange gefährdet durch schlechtergestellte Berufsgenossen, als es nicht der Gesamtheit gelingt, alle Berufsangehörigen auf eine höhere Lebensstufe zu bringen. Diese Erkenntnis führt von selbst auf die geschichtliche Mission der zentralen Gewerkschaftsbewegung und zur Anerkennung ihrer grundsätzlichen Taktik.

Heute, wo Sozialdemokraten als Vertreter des erwerbstätigen Volkes am Staatsruder sitzen, liegt der Schwerpunkt nicht mehr in der Opposition, sondern in zeitgemäßer praktischer Reformarbeit zum Wohle des Volksganzen. Auch die Gewerkschaften haben sich den veränderten Verhältnissen anzupassen: Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen entsprechend der infolge der Revolution eingetretenen Verschiebung der Machtverhältnisse in Staat und Wirtschaft von andern Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Mit dem steigenden Einflusse der Arbeiter auf die Produktion wächst naturgemäß auch deren Verantwortlichkeits- und Pflichtgefühl für die ungehinderte Aufrechterhaltung und Gesundung unsres Wirtschaftslebens. Bei der wirtschaftlichen Interessenvertretung kommt jenes gesteigerte Verantwortlichkeitsgefühl zum Ausdruck. Es muß den Gewerkschaften in der jetzigen Übergangszeit daran liegen, stabile Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und diese vertraglich festzulegen. Der Abschluß von Tarifverträgen bietet Gewähr dafür, daß Arbeiter und Unternehmer zu ihrem Rechte kommen, und daß die Existenzmöglichkeiten der betreffenden Industrie nicht untergraben werden. Tarifverträge sind in erster Linie ein Produkt der Entwicklung im Wirtschaftsleben, und erst nach Erfüllung einer Reihe wichtiger Voraussetzungen kann ein Tarifabschluß für eine Industrie oder ein Gewerbe zustande kommen. Nachdem eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in sehr vielen Gewerben unter dem Einflusse der Revolution zur Tatsache geworden ist, suchen alle Gewerkschaften diese Errungenschaften vernünftigerweise durch den Abschluß von Tarifverträgen zu sichern. Die weitaus meisten erstreben dabei den Weg, der zu Reichstarifen führt. Dabei stößt man auch auf solche Gewerkschaften, von denen man, nach ihrem früheren Verhalten gegenüber dem Tarifgemeinschaftsgedanken, eine derartige Wandlung niemals erwartet hätte. Beispielsweise besprach das „Schuhmacherfachblatt“ vor kurzer Zeit die Zukunft der Tarifverträge im Schuhmachergewerbe und kam dabei zu folgenden bemerkenswerten Feststellungen:

> Ein allgemeiner Lohntarif trägt immer dazu bei, das Ansehen des Berufs nach außen hin zu heben. Es ist vorauszusehen, daß auch die Schuhmacherei mit einem solchen nur günstig fahren würde. In einer Menge von Berufen, vor allem in dem, dem unsren verwandten Schneidergewerbe, wo die Dinge ähnlich liegen, hat sich der Reichstarif schon seit Jahren zur Zufriedenheit beider Teile bewährt. **Der Reichstarif ist notwendig, denn er muß eines der Mittel werden, um das Schuhmacherhandwerk vor dem nochmaligen Versinken zu bewahren.**

Vergeben und vergessen sei angesichts der **großartigen Entwicklung des Tarifvertragwesens in allen Wirtschaftszweigen und Berufsarten** all das, was man den Bahnbrechern auf diesem Gebiete, den Buchdruckern, nachredete und andichtete, als sie im Jahre 1896 mit den Ausbau ihrer neuzeitigen Tarifgemeinschaft begannen. Die damals im wirtschaftlichen und sozialen Leben zur Diskussion gestellte Frage hat immer weitere Kreise gezogen, und selbst die grundstürzende Revolution hat sie nicht zum Verstummen bringen können, weil eben das gemeindienliche Wirken eines praktisch-nützlichen Tarifvertrags ein Stück Sozialismus bedeutet. Der berufsständische Vertretungskörper tritt als Parlament der Zukunft immer deutlicher in Erscheinung. Rudolf Kjellen, der schwedische Staatsrechtler, scheint das Richtige getroffen zu haben, wenn er in den sozialen „Gruppen“ die Träger des Fortschritts erblickt, von denen er in seinem Werke „Der Staat als Lebensform“ sagt:

> Sie weisen deutlich auf einen neuen Gesellschaftstypus hin, der dem Prinzip der Arbeitsteilung, das nie so gebieterisch war wie in unsern Tagen, unmittelbar entsprungen ist, aber auf dem Grunde der Gleichheit und der nationalen Sammlung als Gewinn aus der liberalen Übergangszeit steht. Das erwachte Bewußtsein der modernen Klassen entspricht hier innerhalb der Staaten dem erwachten Bewußtsein der Nationen. In der ersten Schlaftrunkenheit sind jene geneigt gewesen, den Rahmen der Nationen zu durchbrechen; in diesem Punkte hat der Weltkrieg ohne Zweifel die Aufgabe erfüllt, ihnen wieder den Weg nach Haus zu zeigen. Immer klarer erkennen wir, wie die Verbindung mit Kameraden sich zum führenden sozialen Prinzip erhebt, nachdem das Band mit gleichem, mit Nachbarn und mit Verwandten, erschlafft war. Das Resultat, das so im Vordergrunde unsrer Zeit hervorschimmert, ist ein vierter Gesellschaftstypus, die Gruppengesellschaft, die sich von der Zusammenschließung der körperlich Arbeitenden zu einer der Arbeitgeber und der freien Berufe aller Arten und Grade auswächst und das Ziel anstrebt, daß alle natürlichen Interessengruppen der Gesellschaft sowohl Organisation finden, als auch den ihnen in der Kulturarbeit gebührenden Platz erhalten.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Zu den neuen Vorgängen in Leipzig. In dem äußerlich ruhigen Leipzig wird seit der Nacht zum 11. Mai durch ein großes Kontingent auswärtiger Truppen unter General Maercker die politische Ordnung wieder hergestellt. Es war bis jetzt von einer „Republik Leipzig“ zu reden, in der der Große Arbeiterrat, der unter des jugendlichen Dr. Geyers Führung noch über die beherrschende Unabhängige Sozialdemokratische Partei hinausstrebte, bestimmend gewesen ist. Der Arbeiterrat hat sich Ende März eine Verfassung gegeben, die selbst von den maßgebenden Personen der U. S. P. in der Öffentlichkeit schon heftig angegriffen worden ist wie Geyers Eigenmächtigkeiten und schrankenloser Radikalismus in der „Leipziger Volkszeitung“, wo er politischer Redakteur ist, überhaupt. Die sozialdemokratische Mehrheitspartei und die Demokraten bilden seit der Neuwahl im April in dem Arbeiterrat eine kleine, aber mutige Minderheit. Der für den Fall des Einrückens von sogenannten Noske-Truppen — lies: Wiedereinsetzung der von der Mehrheitssozialdemokratie ausgeübten Staatsgewalt — am 5. Mai im Prinzip beschlossene, seit Beendigung des Dauergeneralstreiks im März fortgesetzt spukende neue Generalstreik wurde von diesen Fraktionen im Arbeiterrat einfach abgelehnt, weil es sich meist um von der kommunistischen Partei aufgestellte verstiegene politische Forderungen handelt. Spartakus hat sich die U. S. P. in Leipzig schon in weitem Maße untertänig gemacht. Die Einnahme der „Republik Leipzig“ erfolgte nach einigen Flugblattintermezzos, die reichliche Belustigung über das angeblich von nichts wissende diktatorische Arbeiterratspräsidium brachten, völlig schmerz- und opferlos. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist auf einige Tage verboten, während sie bei dem letztmaligen großen Generalstreik allein erscheinen durfte. Die „Rote Fahne“ ist auch von einem Verbote betroffen worden, sollte nach ihrer Übersiedlung von Berlin auf Anordnung der sächsischen Regierung überhaupt nicht in Leipzig hergestellt werden, was durch Gegenanordnung des Arbeiterrats jedoch verhindert wurde, konnte aber schon in der vorigen Woche nicht mehr voll erscheinen, da sie mit einem Male drucker- und obdachlos geworden war. Die Maßnahmen der militärischen Gewalthaber, denen der Oberbürgermeister als Stadtvertreter und unser Kollege Otto Mylau, der mit den drei andern Arbeitersekretären wegen seiner politischen Überzeugung von den bisherigen Gewalthabern nicht mehr als vertrauenswürdig angesehen und deshalb gemaßregelt worden ist, als Bevollmächtigter der sächsischen Regierung beigeordnet sind, haben natürlich für den bestehenden Generalstreikbeschluß eine stark behindernde Wirkung. Es ist aber auch Tatsache, daß selbst weit in den Reihen der unabhängig gesinnten Arbeiter hinein große Generalstreikmüdigkeit herrscht. Die andre Hoffnung, daß über die von den Leipziger Matadoren am längsten, intensivsten und ausgedehntesten betriebene Verhetzung der gewerkschaftlich Organisierten auch die bessere Erkenntnis siegen möchte, indem die politischen Maßregelungen der Gewerkschaftsführer und -angestellten als die Arbeiterschaft entzweiende Mache von „Parteibonzen“ angesehen werden, wird vielleicht nun endlich auch etwas steigen. Die Leipziger Arbeiter unter sich lassen ja schon zunehmend erkennen, daß Bruderkrieg und Terrorismus sie selbst schädigende Waffen sind. Seit Jahrzehnten bereits ist in Leipzig darin unheimlich gesündigt worden! Zu teilweisen Arbeitseinstellungen ist es nach der vorherigen Bearbeitung doch gekommen. Im allgemeinen aber geht alles in Leipzig seinen gewohnten Gang. Bedenken sind vorhanden wegen der Arbeiter in den Gas- und Elektrizitätswerken, auf die hier kein mäßigender Einfluß wie in Berlin beim Generalstreik selbst von den unabhängigen Führern ausgeübt wird. In diesen Gemeindearbeitergruppen hat der neue Generalstreik Anhänger gefunden, doch konnte der Betrieb bis jetzt (13. Mai mittags) weitergeführt werden. Kommt es doch noch anders, könnte auch der „Korr.“ wegen Fehlens der elektrischen Kraft einstweilen nicht erscheinen. Es scheint jedoch der Fortbetrieb wahrscheinlicher. Hoffentlich ist Leipzig bald über seinen kritischen Punkt glücklich und ohne reaktionäre Überbleibsel hinaus.

Nachahmenswerte Beispiele. In Jüterbog gewährte die Firma R. Krause ihren Gehilfen eine wöchentliche Teuerungszulage von 15 Mk., die Firma R. Stock & G. Klemm eine solche von 15, 8 und 5 Mk. — Die „Rheinische Zeitung“ (Gilsbach & Ko.) in Köln, die schon zu Weihnachten ihrem gesamten Personal eine Zulage in Höhe eines Monatslohns (einschließlich Teuerungszulage) gewährte, hat dieses Rezept zu Ostern erneuert, um ihren Angestellten die Anschaffung notwendiger Kleidungs- und Wäschestücke zu ermöglichen. Außerdem hat sie die jüngst für Köln in Kraft getretene Teuerungszulage von 12 Mk. sofort auf 15 Mk. erhöht. An Ferien gewährt die Firma im ersten Jahre sechs, von zwei bis fünf Jahren zwölf, von sechs bis zehn Jahren fünfzehn und über zehn Jahre Geschäftszugehörigkeit 18 Arbeitstage. Zu diesen Ferien wird ein Zuschuß in Höhe der Hälfte des für diese Tage in Betracht kommenden Arbeitslohns (einschließlich Teuerungszulage) gezahlt. — Als einmalige Entschuldungssumme bewilligte die Buchdruckerei Joseph Deschler (Inhaber J. Trölsch) in München für männliche Angestellte 120 Mk., für weibliche 100 Mk. und für die Lehrlinge 50 Mk. — Auf Vorstelligwerden der Oppelner Gesamtgehilfenschaft bei der Prinzipalität bewilligten die Firmen C. J. Pohl, Erdmann Raabe und F. Weilshäuser eine außergewöhnliche wöchentliche Zulage vom 3. Mai ab, und zwar bis zum Alter von 21 Jahren 5 Mk., bei einem Alter von über 21 Jahren 12,50 Mk.

Gehilfenprüfungen. Die Gehilfenprüfungen im Handwerkskammerbezirke Frankfurt a. d. O. hatten folgendes Resultat: Frankfurt 5, Fürstenberg (Nm.) 2, Königsberg (Nm.) 3, Müncheberg 1, Neudamm 5, Reppen 1, Seelow 2, Schwiebus 2, Züllichau 1, in Summa 22. Hiervon erhielten 14 das Zeugnis „Genügend“, 7 „Gut“, 1 „Ausgezeichnet“. — Der Gehilfenprüfung in Brandenburg (Havel) unterzogen sich drei Lehrlinge (zwei Setzer und ein Drucker). Ein Setzerlehrling (Brandenburg) erhielt die Note „Sehr gut“, der andre (aus Rathenow) „Genügend“, während der Druckerlehrling (ebenfalls aus Rathenow) die Prüfung mit „Gut“ bestand.

Druckereibrand. In der Buchdruckerei von Montanus & Ehrenstein in Barmen entstand vor kurzem ein Schadenfeuer dadurch, daß sich beim Umfüllen von Terpentinersatz ein Teil der Flüssigkeit ins Treppenhaus ergoß, dort Feuer fing und in wenigen Sekunden den ganzen Inhalt in Brand setzte. Glücklicherweise ließen die eisernen Abschlußtüren ein Übergreifen des Brandes in die mit Papier vollgestapelten Räume nicht zu, und so wurde ein größerer Schaden verhütet.

Hochverrat. Ein gerichtliches Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats wurde gegen den Hauptschriftleiter des „Fränkischen Kuriers“ eingeleitet. Verschiedene Artikel, in denen die Lostrennung Frankens von München gefordert wurde, um das Eindringen des Bolschewismus zu verhindern, gaben die Veranlassung zu dem gerichtlichen Einschreiten. Die betreffenden Artikel sind uns nicht zu Gesicht gekommen; wir sind jedoch der Auffassung, daß, obwohl Zersplitterungsbestrebungen auch in dieser Hinsicht durchaus nicht am Platze sind, bei Abfassung derartiger Forderungen angesichts der bis vor kurzem in München herrschenden Situation von einem Hochverrat nicht gesprochen werden kann.